



**125 Bericht** von Timm Bönke, Daniel Kempfner und Holger Lüthen

## Wege zur Stabilisierung des Rentensystems: Abschläge auf die Frührente besser als Nullrunden

- Ohne weitere Rentenreformen drohen pauschale Rentenkürzungen
- Abschläge setzen starke Anreize zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit

**134 Interview** mit Holger Lüthen



**135 Bericht** von Christian Franz, Marcel Fratzscher und Alexander S. Kritikos

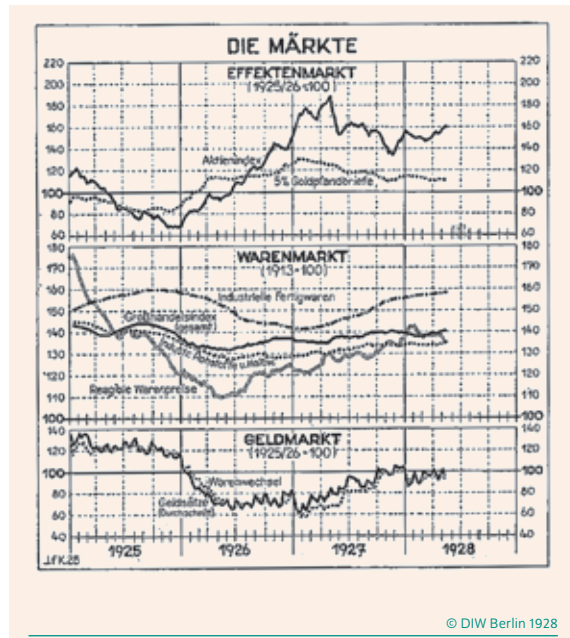
## AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker

- Hohes AfD-Ergebnis korreliert in Ostdeutschland mit überalterter Bevölkerung im ländlichen Raum
- In Westdeutschland wird AfD in Wahlkreisen mit unterdurchschnittlichem Einkommen häufiger gewählt

**146 Kommentar** von C. Katharina Spieß und Frauke Peter

## Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder: Bitte nicht noch ein Flickenteppich

### Die Märkte



Auf dem Effektenmarkt ist während der Berichtswoche ein Teil der Aktienkurse weiter gestiegen. Für einzelne Papiere ergaben sich aber auch Kursrückgänge. Die Kurse der festverzinslichen Papiere haben sich nur wenig verändert; teilweise sind sie leicht gestiegen. Auf dem Geldmarkt trat in der zweiten Hälfte der Berichtswoche bereits wieder eine Aufwärtsbewegung der Geldsätze ein. Der Satz für Tagesgeld ist mit seiner unteren Grenze um nahezu zwei Prozent p. a., mit seiner oberen um rund ein Prozent p. a. gestiegen. Auch alle übrigen Geldsätze haben sich erhöht. Inwieweit es sich dabei nur um eine vorübergehende markttechnische Erscheinung (Einzahlung auf Emissionen) oder bereits um besonders frühzeitig einsetzende Ultimovorbereitungen handelt, ist noch nicht klar zu übersehen. [...] Auf dem Warenmarkt ist die Indexziffer der reagiblen Warenpreise nach dem starken Rückgang in den letzten drei Wochen leicht gestiegen (von 135,2 auf 135,3; 1913 = 100). Ebenso hat sich das durch die Großhandelsindexziffer repräsentierte Gesamtpreisniveau weiter erhöht (um 0,4 Prozent). An dieser Steigerung waren alle Hauptgruppen beteiligt.

Aus dem Wochenbericht Nr. 8 vom 23. Mai 1928

### IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

[www.diw.de](http://www.diw.de)

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

85. Jahrgang 21. Februar 2018

#### Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Dr. Ferdinand Fichtner; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Johanna Möllerström, Ph.D.; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß

#### Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

#### Lektorat

Hannes Kröger, Karl Brenke

#### Redaktion

Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann; Matthias Laugwitz; Markus Reiniger; Dr. Alexander Zerrahn

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)

Telefon: +49 1806 14 00 50 25

#### Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

#### Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

#### Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig ([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter [www.diw.de/newsletter](http://www.diw.de/newsletter)

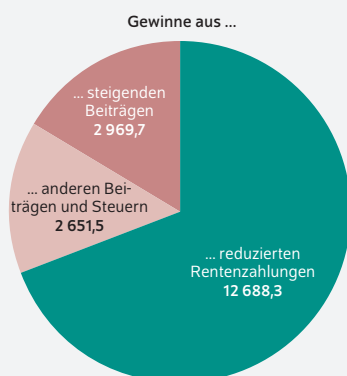
## Wege zur Stabilisierung des Rentensystems: Abschläge auf die Frührente sind besser als Nullrunden

Von Timm Bönke, Daniel Kemptner und Holger Lüthen

- Nichthandeln führt aufgrund der Alterung der Gesellschaft und durch den Mechanismus der Rentenanpassungsformel automatisch zu pauschalen Rentenkürzungen bzw. Nullrunden
- Abschläge auf die Frührente haben eine starke Anreizwirkung, den Renteneintritt nach hinten zu verschieben, wie Simulationen für westdeutsche langjährig versicherte Männer zeigen
- Die Wohlfahrtsverluste sind bei Abschlägen deutlich geringer als bei Rentenkürzungen
- Die abschlagsfreie Rente mit 63 sollte nicht mit Nullrunden gegenfinanziert werden
- Für Personen, die aus gesundheitlichen Gründen erwerbsgemindert sind, sollten reduzierte Abschläge eingeführt werden

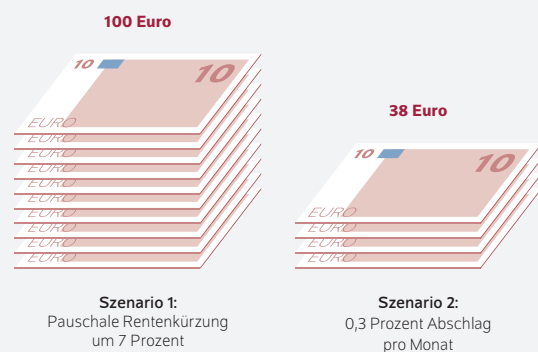
**Bei gleichen öffentlichen Gewinnen sind die individuellen Verluste im Fall von Abschlägen wesentlich niedriger**  
In Euro

**Zusammensetzung der öffentlichen Nettogewinne**  
0,3 Prozent Abschlag pro Monat, in Euro pro Kopf



Quelle: Eigene Berechnungen.

**Durchschnittliche individuelle Verluste in den beiden Reformszenarien**



© DIW Berlin 2018

### ZITAT

„Wir sind im Prinzip gezwungen, Reformen durchzuführen. Andernfalls kommt es durch den Automatismus in der Rentenformel zu pauschalen Rentenkürzungen. Abschläge setzen wirksame Anreize zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit und sind wesentlich schonender als Rentenkürzungen.“

— Holger Lüthen —

### MEDIATHEK



**Audio-Interview** mit Holger Lüthen  
[www.diw.de/mediathek](http://www.diw.de/mediathek)

# Wege zur Stabilisierung des Rentensystems: Abschläge auf die Frührente sind besser als Nullrunden

Von Timm Bönke, Daniel Kemptner und Holger Lüthen

Die Alterung der deutschen Gesellschaft setzt das Rentensystem unter erheblichen Reformdruck. Simulationen für westdeutsche langjährig versicherte Männer zeigen, dass Anreize für einen späteren Renteneintritt das Rentensystem stabilisieren können. Die Einkommensverluste sind dabei geringer als es bei einer pauschalen Senkung des Rentenniveaus der Fall wäre, die in einer alternden Gesellschaft aufgrund der Rentenanpassungsformel automatisch droht. Zudem sind auch die Wohlfahrtsverluste deutlich geringer, die neben Einkommensverlusten auch die entgangene Freizeit bei späterem Renteneintritt berücksichtigen. Dies wirft auch Fragen bezüglich der abschlagsfreien Rente mit 63 auf, falls deren Gegenfinanzierung über die Rentenanpassungsformel erfolgt. Dabei wären gerade jene Personen stark betroffen, die bei Abschlägen auf die Frührente einer Rentenkürzung noch durch eine Verschiebung ihres Renteneintritts ausweichen konnten. Allerdings ist auch bei Abschlägen darauf zu achten, dass nicht alle gleichermaßen auf solche Anreize reagieren können (zum Beispiel wegen Erwerbsminderung oder der Arbeitsmarktlage). Aus wohlfahrtstheoretischer Sicht ist daher insbesondere etwa über reduzierte Abschläge für gesundheitlich beeinträchtigte Personen nachzudenken.

In den meisten Wohlfahrtsstaaten stellen gesetzliche Rentenversicherungen die wichtigste Säule der Alterssicherung dar. Die nachhaltige Ausgestaltung des Rentensystems ist daher immer wieder Thema politischer Diskussionen. In Deutschland gefährdet die demografische Alterung, insbesondere der bevorstehende Renteneintritt der sogenannten „Babyboomer“-Generation die finanzielle Stabilität des umlagefinanzierten Rentensystems, weil sich mit deren Renteneintritt das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentempfängern verschlechtert und dieses Verhältnis zentral ist für die Stabilität der umlagefinanzierten Rente.<sup>1</sup>

Eine Maßzahl für diese Entwicklung ist der Altenquotient, der den Bevölkerungsanteil der über 65-Jährigen ins Verhältnis zu den erwerbsfähigen 20- bis 64-Jährigen setzt (Abbildung 1). Für Deutschland dokumentiert die OECD eine Verdopplung von 16,2 Prozent im Jahr 1950 auf 34,8 Prozent im Jahr 2015 und prognostiziert einen weiteren Anstieg auf circa 60 Prozent bis zum Jahr 2050.<sup>2</sup>

In den letzten Jahrzehnten wurde das Bruttorentenniveau merklich abgesenkt.<sup>3</sup> Steigt das Rentenniveau langsamer als die Inflation, kommt es zudem zu einer realen pauschalen Rentenkürzung. Zu einer solchen pauschalen Rentenkürzung kommt es insbesondere im Zuge sogenannter „Nullrunden“, bei denen die Renten nominal nicht steigen (Kasten 1). Parallel dazu haben sich die Beitragssätze von zehn Prozent im Jahr 1950 auf aktuell 18,7 Prozent nahezu verdoppelt.<sup>4</sup> Allerdings ist zurzeit gesetzlich festgeschrieben, dass bis zum Jahr 2030 weder das Bruttorentenniveau unter 43 Prozent fallen noch die Rentenbeiträge über 22 Pro-

<sup>1</sup> Für ihre Beiträge erwerben die Versicherten Ansprüche – das sogenannte gesetzliche Alterssicherungsvermögen. Das Alterssicherungsvermögen belief sich im Jahr 2004 (2012) auf 3,9 (5,2) Billionen Euro. Dies entspricht jeweils dem 1,7 (1,8)-fachen des BIP. Siehe Albert Braakmann, Jens Grütz und Thorsten Haug (2007): Das Renten- und Pensionsvermögen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Wirtschaft und Statistik 12/2007, 1167 – 1179; Timm Bönke et al. (2018): The joint distribution of net worth and pension wealth in Germany, Review of Income and Wealth (im Erscheinen).

<sup>2</sup> OECD (2017): Pensions at a Glance 2017: OECD and G20 Indicators, OECD Publishing, Paris.

<sup>3</sup> Das Bruttorentenniveau betrug 1959 noch 55 Prozent und liegt aktuell bei 48 Prozent. Deutsche Rentenversicherung Bund (2017): Rentenversicherung in Zeitreihen 2017, DRV-Schriften Band 22.

<sup>4</sup> In den Jahren 1997/1998 erreichte der Beitragssatz mit 20,3 Prozent seinen historischen Höchststand. Unter anderem aufgrund der guten Arbeitsmarktentwicklung sowie der fiskalischen Spielräume durch die Rentenreform und das Absenken des Rentenniveaus konnte der Beitragssatz wieder leicht gesenkt werden.

Kasten 1

## Höhe der gesetzlichen Rente

In Deutschland wird die gesetzliche Rente auf Basis der Rentenformel berechnet. Die Grundlage hierfür stellen die gesamten gesamten Entgeltpunkte dar. Man erhält einen Entgeltpunkt, wenn man in einem Jahr sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist und das Durchschnittsentgelt verdient. Der Rentenbeitrag, den man dann entrichtet, stellt den Entgeltpunkt dar. Höhere beziehungsweise geringere Beiträge ergeben mehr beziehungsweise weniger Entgeltpunkte. Abgesehen von Beitragsleistungen werden auch Entgeltpunkte unter anderem für Kindererziehungs-, Kranken- oder Bildungszeiten gutgeschrieben. Die gesamten Entgeltpunkte werden dann mit dem aktuellen Rentenwert (zum Beispiel 27,20 Euro im Jahr 2010) und dem Zugangsfaktor multipliziert. Dieser Zugangsfaktor beträgt 1 bei regulärem Renteneintritt und sinkt durch die Rentenreform von 1992 bei vorzeitigem Renteneintritt unter 1. Für unsere Stichprobe stellt sich die Formel der monatlichen Rente folgendermaßen dar (§ 64, SGB 6):

$$\text{Rente} = \text{Summe der Entgeltpunkte} \times \text{Zugangsfaktor} \times \text{Rentenwert}$$

Die Anpassung des Rentenwerts wird jedes Jahr über die Renten Anpassungsformel vorgenommen, um die Rentner und Rentnerinnen an Lohnsteigerungen zu beteiligen. Dabei ist insbesondere zu beachten, dass diese Steigerung durch das Verhältnis von Rentnern zu Beitragszahlern (Nachhaltigkeitsfaktor) und den sogenannten Riester-Faktor begrenzt ist, der die Beiträge der Erwerbstätigen berücksichtigt. Im Zuge des Anstiegs des Altenquotienten (Abbildung 1) verringert sich also auch der Rentenwert, wenn die Ausgaben des Rentensystems nicht durch Reformen begrenzt werden.

Insgesamt haben die Mechanismen der Rentenanpassungsformel beispielsweise zwischen 2003 und 2007 dafür gesorgt, dass der Rentenwert nicht angestiegen ist. Ein Nichtanstieg bedeutet wegen der Inflation einen realen Verlust des Rentenwerts. Reformstau führt daher zu pauschalen Rentenkürzungen.

zent steigen sollen. Dies ist auch Gegenstand des aktuellen Koalitionsvertrages. CDU/CSU und SPD haben sich darauf verständigt, die Renten bis 2025 auf dem heutigen Niveau von 48 Prozent zu sichern und bei Bedarf durch Steuermittel sicherzustellen, dass die Beiträge 20 Prozent nicht übersteigen.

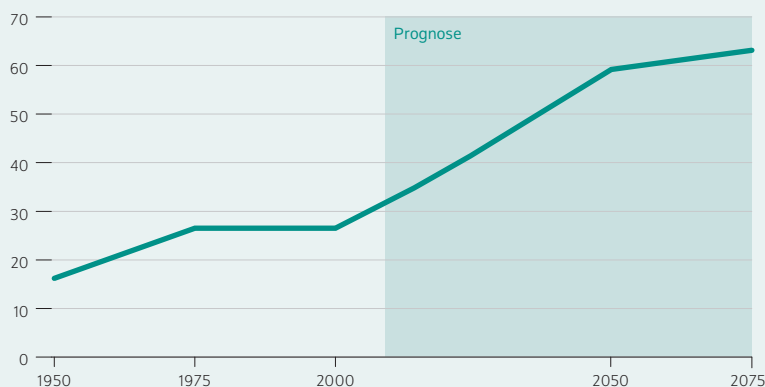
Der Spielraum einer Anpassung von Betragssätzen und Rentenniveau ist somit deutlich eingeschränkt, und der Druck, anders ausgestaltete Reformen durchzuführen, steigt. Alternativ hierzu kommt eine Erhöhung der Lebensarbeitszeit für die finanzielle Stabilisierung in Betracht.<sup>5</sup> Dies kann durch die Anhebung des Renteneintrittsalters geschehen oder durch die Einführung von Anreizen, die Menschen dazu bewegen, länger im Arbeitsmarkt zu verbleiben.<sup>6</sup> Bleiben solche Reformen aus, kommt es in Deutschland über die Rentenanpassungsformel (Kasten 1) automatisch zu weiteren Nullrunden, also einer realen Rentenkürzung.

<sup>5</sup> Siehe hierzu Hermann Buslei, Peter Haan und Daniel Kemptner (2017): Rente mit 67. DIW Wochenbericht Nr. 3 (online verfügbar). Hermann Buslei (2017): Erhöhung der Regelaltersgrenze über 67 Jahre hinaus trägt spürbar zur Konsolidierung der Rentenfinanzen und Sicherung der Alterseinkommen bei. DIW Wochenbericht Nr. 48 (online verfügbar). Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2016): Nachhaltigkeit in der sozialen Sicherung über das Jahr 2030 hinaus, Gutachten, 16. September (online verfügbar). Andre Bochow: DIW-Chef Fratzscher kritisiert Ablehnung der Rente mit 70, Südwest Presse, 05. September 2017 (online verfügbar). Für Vorschläge mit einer Kopplung zwischen der Entwicklung der Lebenserwartung und der Regelaltersgrenze siehe u. a. Axel Börsch-Supan (2007): Rational Pension Reform, Geneva Papers on Risk and Insurance: Issues and Practice, 4, 430–446; OECD (2011): Linking Pensions to Life Expectancy, in: Pensions at a Glance 2011, 81–102; Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2011): Herausforderungen des demografischen Wandels, Expertise im Auftrag der Bundesregierung, Wiesbaden.

<sup>6</sup> Die europäischen Wohlfahrtsstaaten haben viele Reformansätze verfolgt, um die Zahlungsfähigkeit ihrer Rentensysteme zu erhalten. Eine Übersicht bieten Jonathan Gruber und David A. Wise (2007): Social Security Programs and Retirement around the World: Fiscal Implications of Reform, University of Chicago Press, London.

Abbildung 1

## Altenquotient in Deutschland Entwicklung seit 1950 und Prognose bis 2075



Anmerkung: Der demographische Altenquotient ist definiert als die Anzahl der Individuen, die 65 und älter sind, je 100 Personen im arbeitsfähigen Alter zwischen 20 und 64.

Quelle: OECD (2017), a. a. O.

© DIW Berlin 2018

Für Deutschland dokumentiert die OECD eine Verdopplung des Altersquotienten von 16,2 Prozent in 1950 auf 34,8 Prozent in 2015 und prognostiziert eine weitere Verdopplung auf ca. 60 Prozent bis zum Jahr 2050.

Die Ergebnisse dieser Studie basieren auf Simulationen für westdeutsche langjährig versicherte Männer, die die Voraussetzungen für eine Frührente erfüllen.<sup>7</sup> Diese Personen sind im Alter von 62 Jahren noch in Beschäftigung und repräsentieren circa 20 Prozent der betrachteten Jahrgänge. Der Fokus auf westdeutsche Männer ist der besseren Datengrundlage geschuldet. Dennoch ist der hier untersuchte Mechanismus genauso auf langjährig versicherte Frauen und Ostdeutsche übertragbar.

Der Beitrag zeigt, dass Reformen, die die Lebensarbeitszeit durch geeignete Anreize erhöhen, im Vergleich mit einer pauschalen Absenkung des Rentenniveaus zu einer finanziellen Stabilisierung des Rentensystems mit geringeren Verlusten beim Renteneinkommen beitragen können. Zudem sind auch die Wohlfahrtsverluste bei gleichem Stabilisierungseffekt deutlich geringer. Die Betrachtung von Wohlfahrtsverlusten berücksichtigt neben den Einkommensverlusten auch den Verlust an Freizeit, der entsteht, wenn Individuen ihren Rentenzugang aufgrund entsprechender Anreize aufschieben. Die Quantifizierung des Freizeitwertes erfolgt dabei auf Basis eines ökonomischen Rentenzugangsmodells.

Im Folgenden wird zunächst kurz die Rentenreform von 1992 dargestellt, die erstmals Abschläge auf die Frührente eingeführt hat. Im Anschluss werden die Ergebnisse der Studie diskutiert. Dabei werden zwar unterschiedliche Niveaus von Abschlägen und pauschalen Rentenkürzungen betrachtet, in der Diskussion der Ergebnisse wird aber beispielhaft auf das tatsächlich eingeführte Abschlagsniveau von 0,3 Prozent pro Monat Bezug genommen.

### Rentenreform 1992 führt erstmals Abschläge auf Frührente ein

Bis zur Rentenreform 1992 war es für langjährig versicherte Männer möglich, bis zu zwei Jahre vor Erreichen der Regelaltersgrenze von 65 Jahren trotz eines potentiell längeren Rentenbezugs ohne finanzielle Einbußen in Rente zu gehen (Kasten 2).<sup>8</sup> Der Anreiz, vorzeitig in den Ruhestand zu gehen, war daher groß. Dies spiegelt sich auch im durchschnittlichen Rentenzugangsalter wider, welches kurz vor der Reform einen historischen Tiefstand erreicht hatte.<sup>9</sup> Ein erklärtes Ziel der Rentenreform 1992 war daher eine (finanzielle) Gleichstellung von vorzeitig und regulär in Rente gehenden Personen.<sup>10</sup> Dies sollte berücksichtigen, dass Frührentner und Frührentnerinnen potentiell länger Rente beziehen. Zu diesem Zweck wurde bei vorzeitigem Renteneintritt

#### Kasten 2

##### Rentenarten und betrachtete Personen

Den betrachteten Jahrgängen stehen fünf verschiedene Altersrentenarten zur Verfügung: Die reguläre Altersrente, die Altersrente nach Arbeitslosigkeit, die Altersrente für Schwerbehinderte, die Altersrente für langjährig Versicherte und die Altersrente für Frauen. Je nach Rentenart und Lebensumstand können die betrachteten Jahrgänge zwischen dem 60. und dem 65. Lebensjahr in Rente gehen, wobei dann bei einem vorzeitigen Renteneintritt Abschläge hingenommen werden müssen.

Vorliegend werden nur westdeutsche Männer betrachtet, die mit 62 noch arbeiten und die Voraussetzungen erfüllen, um mit 63 in die Frührente zu gehen (mindestens 35 Beitragsjahre). Es handelt sich also um die Personen, die auf Abschläge mit einer Ausweitung ihres Arbeitsangebots reagieren können (circa 20 Prozent eines Jahrgangs). Ihnen stehen die Rente für langjährig Versicherte und die reguläre Altersrente offen. Ungefähr die Hälfte der Stichprobe verfügt über mindestens 45 Beitragsjahre, wodurch ihnen außerdem die Rente mit 63 ohne Abschläge offenstehen würde.

die Rente mit Abschlägen in Höhe von 0,3 Prozent pro Monat gekürzt. Für die hier betrachteten langjährig Versicherten (Kasten 2) ist ein vorzeitiger Renteneintritt ab 63 Jahren beziehungsweise 24 Monate vor Erreichen des regulären Renteneintrittsalters möglich. Die maximalen Abschläge belaufen sich daher auf 7,2 Prozent. Die Reform ist für die Jahrgänge 1935 und 1936 noch nicht wirksam und wurde über die Jahrgänge 1937 und 1938 schrittweise eingeführt. Die Jahrgänge ab 1939 sind voll betroffen. Somit entfaltet die Reform seit dem Jahr 2002 ihre volle Wirkung auf die Neuzugänge in die Altersrente der langjährig Versicherten.

### Abschläge auf die Frührente setzen starke Anreize für einen späteren Renteneintritt

Das verwendete Rentenzugangsmodell schätzt Renteneintrittsentscheidungen auf Basis des tatsächlichen Rentenzugangsverhaltens unter Berücksichtigung von Konsumniveau, Freizeit und Ersparnis (Kasten 3). Neben den mit der Rentenreform 1992 tatsächlich eingeführten 0,3-prozentigen Abschlägen werden Abschläge in Höhe von 0,1 Prozent bis ein Prozent pro Monat betrachtet. Dies erlaubt es, den Zusammenhang zwischen Abschlagshöhe einerseits sowie Rentenzugangsalter, Rentenhöhe, individuellen Wohlfahrtseffekten und fiskalischen Wirkungen andererseits zu untersuchen. Die individuellen Wohlfahrtseffekte werden in Form von sogenannten kompensierenden Variationen gemessen (Kasten 5). Die kompensierenden Variationen erfassen bei Aufschieben des Renteneintritts entgangenes Renteneinkommen zusammen mit dem Wert entgangener Freizeit als Eurobeträge. Bei den fiskalischen Wirkungen werden öffentliche Nettogewinne betrachtet, die sich aus (1)

<sup>7</sup> Der Beitrag basiert auf folgender Studie: Timm Bönke, Daniel Kemptner und Holger Lüthen (2018): Effectiveness of early retirement disincentives: individual welfare, distributional and fiscal implications, Labour Economics 51, 25-37.

<sup>8</sup> Für langjährig beschäftigte Frauen war bereits ein Eintritt im Alter von 60 Jahren möglich. Die Reform wurde schon kurz vor dem Mauerfall beschlossen, musste aber auf Grund der damaligen Entwicklung weiter angepasst werden. Im Folgenden wird trotzdem von der „Rentenreform 1992“ gesprochen.

<sup>9</sup> Deutsche Rentenversicherung (2017): a. a. O.

<sup>10</sup> Für weitere Details siehe Winfried Schmähl (2011), Von der Ergänzung der gesetzlichen Rentenversicherung zu deren partiellem Ersatz: Ziele, Entscheidungen sowie sozial- und verteilungspolitische Wirkungen – Zur Entwicklung von der Mitte der 1990er Jahre bis 2009, in: Eberhard Eichenhofer, Herbert Rische und Winfried Schmähl (Hrsg.), Handbuch der Gesetzlichen Rentenversicherung SGB IV, Luchterhand, Köln, 169-249.

Kasten 3

## Rentenzugangsmodell und Daten

Das Rentenzugangsmodell erklärt die Entscheidung der Personen, zu einem bestimmten Zeitpunkt im Alter zwischen 63 und 65 in Rente zu gehen.<sup>1</sup> Dabei wird angenommen, dass die Personen die zukünftigen Konsequenzen für ihre individuelle Wohlfahrt vorhersehen und in rationaler Weise den Nutzen aus Freizeit gegen zusätzlichen Nutzen aus Konsum abwägen. So ist ein Renteneintritt vor 65 mit zusätzlichem Nutzen durch Freizeitgewinn verbunden, geht aber auf Kosten (1) des Erwerbseinkommens, (2) der Rentenanwartschaften sowie (3) der Möglichkeit, zusätzliches privates Vermögen zu bilden.

Der mit den möglichen Entscheidungen verbundene erwartete Lebenszeitnutzen wird hier unter den in der ökonomischen Entscheidungstheorie üblichen Annahmen modelliert (abnehmender Nutzen für zusätzlichen Konsum, Abneigung gegenüber Risiko, flexibler und altersabhängiger Freizeitnutzen, rationale Erwartungen, Diskontierung von zukünftigen Konsum- und Freizeiterwartungen, Geburtsjahr-spezifische Mortalitätsraten).

Als Datengrundlage dienen die Scientific-Use-Files (SUF) der Versicherungskontenstichprobe (VSKT) der Wellen 2002 und 2004 bis 2012. Die VSKT ist ein administrativer Datensatz der Rentenversicherung. Die gewichteten Werte repräsentieren circa 20 Prozent der Jahrgänge.

Bei ihren Rentenzugangsentscheidungen bestimmen die Personen ihren Konsum und ihre Freizeit im Alter zwischen 63 und 65 sowie ihren Konsum von 65 Jahren bis zum Tod. Dabei unterliegen sie einer Budgetbeschränkung, die durch die Arbeitslöhne einerseits sowie durch das deutsche Steuer-, Transfer- und Rentensystem

andererseits geprägt ist. Die Budgetbeschränkung in einer Zeitperiode ergibt sich folgendermaßen:

$$\text{Konsum} = \text{Lohn} + \text{Rente} - \text{Steuern} + \text{Sozialtransfers} - \text{Sparen} + \text{Vermögensabbau}$$

$$\text{Vermögen der nächsten Periode} = (\text{Vermögen} + \text{Sparen}) \times (1 + \text{realer Zinssatz von } 2\%)$$

Das deutsche Steuer-, Transfer- und Rentensystem wird detailliert modelliert.<sup>2</sup> Insbesondere werden institutionelle Änderungen bezüglich der Abschläge auf die Frührente zwischen den Geburtsjahrgängen 1935 bis 1945 sowie die allgemein abnehmenden Rentenniveaus des deutschen Rentensystems berücksichtigt. Aber auch Veränderungen des Steuersystems, die mit der Einführung der Abschläge zusammenfallen, werden exakt modelliert. Dies ist sehr wichtig, weil es nur so möglich ist, die Reformeffekte der Rentenabschläge von den anderen institutionellen Änderungen in den Analysen zu trennen.

Im Hinblick auf das Sparverhalten ist noch zu beachten, dass wir von einer über das gesamte Erwerbsleben konstanten Sparquote ausgehen, die den erwarteten Lebenszeitnutzen maximiert. Die sehr gute Übereinstimmung der auf Basis des Modells simulierten mit der tatsächlich beobachteten Vermögensverteilung im deutschen Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) stützt diese Annahme. Nach dem Rentenzugang wird dann das Vermögen abgebaut, wobei weiterhin ein möglichst hohes und gleichmäßiges Konsumniveau angestrebt wird.

<sup>1</sup> Für eine detailliertere und mathematische Modellbeschreibung siehe Timm Bönke, Daniel Kempfner und Holger Lüthen (2017): a. a. O.

<sup>2</sup> Die Steuern umfassen in dieser Darstellung neben Einkommensteuern auch die Sozialversicherungsbeiträge.

niedrigeren zukünftigen Rentenzahlungen, (2) zusätzlichen Beiträgen in das Rentensystem und (3) zusätzlichen Steuerzahlungen und sonstigen Sozialversicherungsbeiträgen ergeben.

Es ist zu beachten, dass sich die hier dargestellten Simulationen nur auf Personen beziehen, die im Alter von 62 Jahren noch in Beschäftigung sind und die Voraussetzungen für eine Frührente erfüllen. Insbesondere bei gesundheitlich beeinträchtigten Personen ist nicht zu erwarten, dass Abschläge auf die Frührente zu einer Erhöhung des Rentenzugangsalters führen, so dass sie sich bei diesen Personengruppen wie reine Rentenkürzungen auswirken.

Die Ergebnisse zeigen einen stark positiven Zusammenhang zwischen der Höhe der Abschläge und dem erwarteten Rentenzugangsalter (Abbildung 2). Bei den geltenden Abschlägen von 0,3 Prozent pro Monat beträgt der Anstieg durchschnittlich ungefähr vier Monate. Die Abschläge kön-

nen somit nicht den gesamten beobachteten Anstieg von durchschnittlich sieben Monaten nach der Umsetzung der Rentenreform erklären. Dies liegt auch daran, dass im gleichen Zeitraum das Steuersystem und die Rentenhöhe verändert wurden. Dank der modellgestützten Analyse lassen sich die Wirkungen von unterschiedlichen Änderungen im Steuer-, Transfer- und Rentensystem voneinander trennen und insbesondere die Wirkung der Abschläge isoliert betrachten. Die Ergebnisse zeigen außerdem, dass die Wirkung der Abschläge auf das Rentenzugangsalter mit der Höhe der Abschläge abnimmt, da das Potential für weitere Verschiebungen des Rentenzugangs ab einer bestimmten Abschlagshöhe ausgeschöpft ist.

Kasten 4

# Reformszenarien für das Rentensystem können auf Basis des Rentenzugangsmodells simuliert werden

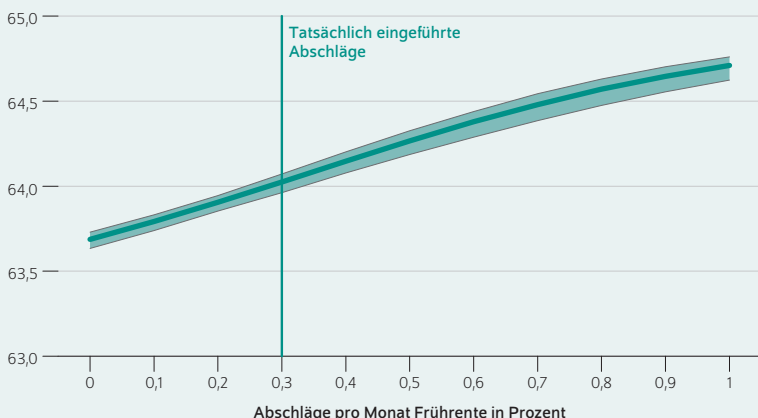
Das Rentenzugangsmodell erlaubt es, Reformszenarien für das Rentensystem zu simulieren. Dies ist möglich, weil ein ökonomisches Entscheidungsmodell mit einer detaillierten Modellierung des Steuer-, Transfer- und Rentensystems verbunden wird (Kasten 3). Infolgedessen können die „Stellschrauben“ des Rentensystems variiert und die sich daraus ergebenden Verhaltensänderungen berechnet werden. Aus Änderungen des Rentenzugangsalters folgen wiederum Veränderungen (1) beim Erwerbseinkommen, (2) bei den Rentenanwartschaften und damit den öffentlichen Ausgaben für das Rentensystem sowie (3) bei den Einnahmen des Staates durch Einkommensteuern und Sozialversicherungsbeiträge.

Unter den beschriebenen Modellannahmen können alle diese Reformwirkungen für die einzelnen Personen im verwendeten Datensatz berechnet werden. Neben Verhaltensänderungen und Wohlfahrtseffekten liegt dann auch das besondere Augenmerk der Analysen auf den fiskalischen Auswirkungen der Reformszenarien. Die fiskalischen Auswirkungen können als öffentliche Nettogewinne beschrieben werden und ergeben sich aus der Differenz zwischen Änderungen in den öffentlichen Einnahmen und Änderungen in den öffentlichen Ausgaben. Die für die Personen simulierten Reformwirkungen können im Durchschnitt über alle Personen hinweg, als vollständige Verteilung aller betroffener Personen oder auch nach einer Hochrechnung für die Gesamtpopulation untersucht werden.

Abbildung 2

## Durchschnittliches Rentenzugangsalter in Jahren nach Abschlagshöhe

Simulationen auf Basis des Rentenzugangsmodells



Anmerkung: Die hellgrünen Schattierungen sind 95-Prozent-Konfidenzintervalle, die die Schätzunsicherheit darstellen.

Quelle: Eigene Berechnungen unter Nutzung des Rentenzugangsmodells. Das Modell basiert auf Daten der deutschen Rentenversicherung (Versicherungskontenstichprobe).

© DIW Berlin 2018

Für die tatsächlich eingeführten Abschläge von 0,3 Prozent pro Monat beträgt der Anstieg des Rentenzugangsalters durchschnittlich ungefähr vier Monate. Die Wirkung der Abschläge auf das Rentenzugangsalter nimmt mit der Höhe der Abschläge ab.

## Abschläge auf die Frührente führen zu individuellen Wohlfahrtsverlusten, die deutlich kleiner sind als die öffentlichen Nettogewinne

Aufgrund der Wirkungen der Abschläge auf das Rentenzugangsalter sind die Effekte auf die durchschnittliche Rentenhöhe verhältnismäßig klein. Dies verdeckt allerdings substantielle Wohlfahrtseffekte (Kasten 4). Bei Abschlägen von 0,3 Prozent müssten die Personen in der Untersuchungspopulation im Durchschnitt eine Einmalzahlung von ungefähr 3 500 Euro erhalten, um den veränderten Konsum und die entgangene Freizeit zu kompensieren. Zudem zeigt eine Analyse der Verteilung der Wohlfahrtseffekte, dass die Verluste in Höhe von circa 4 000 Euro für Personen mit mittleren Einkommen überdurchschnittlich hoch sind. Dies liegt daran, dass sowohl Personen mit niedrigem als auch solche mit hohem Einkommen durchschnittlich später in Rente gehen.

Die öffentlichen Nettogewinne, die sich aus dem tatsächlich eingeführten 0,3 Prozent Abschlag pro Monat ergeben, betragen ungefähr 18 300 Euro pro Kopf und sind damit deutlich größer als die durchschnittlichen individuellen Wohlfahrtsverluste (Abbildung 3). Ungefähr die Hälfte der Gewinne folgt aus niedrigeren erwarteten Rentenzahlungen, die aus dem späteren Renteneintritt und abschlagsbedingten Rentenkürzungen folgen. Die übrigen Gewinne verteilen sich auf zusätzliche Beiträge in das Rentensystem sowie zusätzliche Steuerzahlungen und sonstige Sozialversicherungsbeiträge. Es zeigt sich wiederum, dass die zusätzlichen Nettogewinne, also über die 18 300 Euro bei 0,3 Prozent Abschlag pro Monat hinaus, mit der Höhe der Abschläge abnehmen. Dennoch ließen sich noch weitere öffentliche Gewinne über eine Abschlagserhöhung erzielen.

Bei einem Abschlag von 0,3 Prozent entsprechen die öffentlichen Gewinne ungefähr acht Prozent des Wertes der durchschnittlichen Rentenanwartschaften der Untersuchungspopulation. Da ungefähr 86 Prozent dieser Gewinne direkt dem Rentensystem zugutekommen, stellt dies einen deutlichen

Kasten 5

### Messung der Wohlfahrtseffekte durch kompensierende Variationen

Auf Basis des Rentenzugangsmodells (Kasten 3) lassen sich die Wohlfahrtseffekte von Rentenreformen messen und monetär als Eurobetrag ausdrücken. Die individuelle Wohlfahrt wird hierbei durch kompensierende Variationen gemessen, die ein in der Ökonomik häufig verwendetes Maß für die Wohlfahrt privater Haushalte darstellen. Dabei wird sowohl der Konsum- als auch der Freizeitnutzen berücksichtigt, der durch das Modell beschrieben und unter Nutzung der geschätzten Modellparameter quantifiziert werden kann.

Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass die individuelle Wohlfahrt durch eine Reform auf gleichem Niveau bleibt, wenn der erwartete Lebenszeitnutzen sich nicht ändert. Wenn aber der erwartete Lebenszeitnutzen durch eine Reform sinkt, kann auf Basis des Modells ein Geldbetrag berechnet werden, der den Verlust kompensiert. Somit können Reformszenarien verglichen werden, bei denen sich nicht nur das Konsumniveau, sondern in Folge von Verhaltensanpassungen auch die Freizeit der Personen ändert.

Beitrag zur finanziellen Stabilität des Rentensystems dar. Aggregierte Daten der Deutschen Rentenversicherung zeigen, dass die von den Abschlägen betroffene Untersuchungspopulation der Geburtskohorten 1939 bis 1945 insgesamt 424 286 Personen umfasst.<sup>11</sup> Daraus folgt, dass sich die Pro-Kopf-Gewinne der öffentlichen Hand allein für die Untersuchungspopulation aus diesen Jahrgängen auf 7,768 Milliarden Euro summieren.

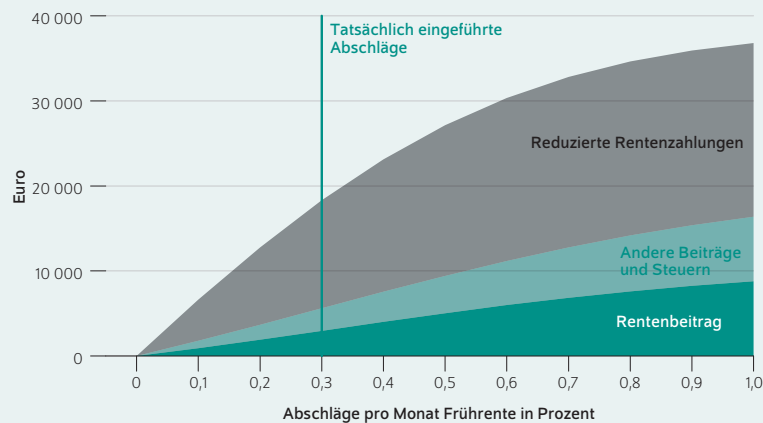
### Pauschale Rentenkürzungen führen zu deutlich größeren Verlusten beim Renteneinkommen und auch zu größeren Wohlfahrtsverlusten

Das Rentenzugangsmodell erlaubt es, ein Vergleichsszenario zu simulieren, in dem die öffentlichen Pro-Kopf-Nettogewinne pro Monat nicht über Abschläge, sondern über eine pauschale, vom Rentenzugang unabhängige Rentenkürzung erzielt werden. Dieses Szenario ähnelt den Nullrunden, die sich aus der Rentenanpassungsformel ergeben können (Kasten 1). Es zeigt sich, dass die Personen in diesem Fall einen weitaus geringeren Anreiz haben, ihren Rentenzugang zu verschieben. Für die gleichen öffentlichen Nettogewinne von ungefähr 18 300 Euro pro Kopf, wie sie bei einem Abschlag von 0,3 Prozent pro Monat Frührente anfallen, ist aus diesem Grund eine pauschale Rentenkürzung von ungefähr sieben Prozent notwendig (Abbildung 4). Hierbei entsprechen die sieben Prozent fast dem gesamten maximalen Abschlagslevel von 7,2 Prozent für alle Betroffenen. Da diese durch Verschieben des Rentenzugangs die Kürzungen nicht vermeiden können, kommt

Abbildung 3

### Durchschnittliche öffentlichen Nettogewinne in Euro pro Kopf und ihre Zusammensetzung nach Abschlagshöhe

Simulationen auf Basis des Rentenzugangsmodells



Quelle: Eigene Berechnungen unter Nutzung des Rentenzugangsmodells. Das Modell basiert auf Daten der deutschen Rentenversicherung (Versicherungskontenstichprobe).

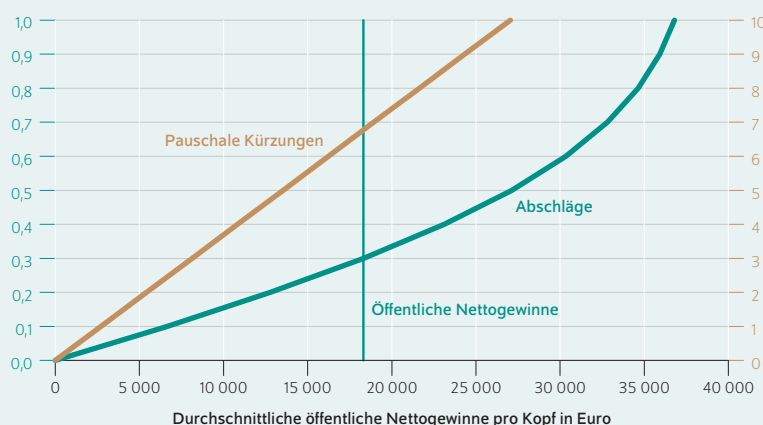
© DIW Berlin 2018

Die öffentlichen Nettogewinne, die sich aus dem tatsächlich eingeführten 0,3 Prozent Abschlag pro Monat ergeben, betragen ungefähr 18 300 Euro pro Kopf. Die zusätzlichen Nettogewinne nehmen mit der Höhe der Abschläge ab.

Abbildung 4

### Durchschnittliche öffentliche Nettogewinne pro Kopf in Euro nach Abschlagshöhe (linke Achse) und pauschalen Rentenkürzungen (rechte Achse)

Simulationen auf Basis des Rentenzugangsmodells. Abschläge pro Monat und Rentenkürzungen in Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen unter Nutzung des Rentenzugangsmodells. Das Modell basiert auf Daten der deutschen Rentenversicherung (Versicherungskontenstichprobe).

© DIW Berlin 2018

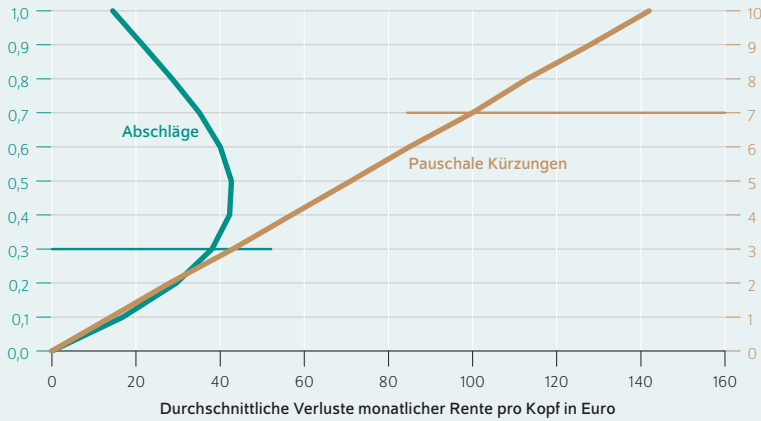
Für die gleichen öffentlichen Nettogewinne von ungefähr 18 300 Euro pro Kopf, wie sie bei einem Abschlag von 0,3 Prozent pro Monat Frührente anfallen, ist eine pauschale Rentenkürzung von ungefähr 7 Prozent notwendig.

<sup>11</sup> Deutsche Rentenversicherung (2017): a. a. O.

Abbildung 5

### Durchschnittliche Verluste monatlicher Rente in Euro nach Abschlagshöhe (linke Achse) und pauschalen Rentenkürzungen (rechte Achse)

Simulationen auf Basis des Rentenzugangsmodells. Abschläge pro Monat und Rentenkürzungen in Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen unter Nutzung des Rentenzugangsmodells. Das Modell basiert auf Daten der deutschen Rentenversicherung (Versicherungskontenstichprobe).

© DIW Berlin 2018

Während die Verluste an monatlicher Rente bei den pauschalen Kürzungen linear ansteigen, verringern sich die Verluste bei den Abschlägen ab einem gewissen Punkt wieder. Dies liegt daran, dass die Personen ihre Lebensarbeitszeit verlängern und somit den Abschlägen weniger ausgesetzt sind.

es bei der pauschalen Kürzung um sieben Prozent nur zu einer Erhöhung des durchschnittlichen Rentenzugangsalters von ungefähr einem halben Monat. Die Kürzungen würden jedoch unmittelbar das Renteneinkommen betreffen. Während bei Abschlägen von 0,3 Prozent pro Monat das Renteneinkommen aufgrund der starken Verhaltensanpassung nur um circa 40 Euro sinkt, sinkt es bei einer pauschalen Kürzung des Rentenniveaus von sieben Prozent um circa 100 Euro (Abbildung 5). Es zeigt sich, dass bei den Abschlägen ab einer bestimmten Höhe die Reduzierung des Renteneinkommens sogar wieder geringer ausfällt. Dies ist auf die starke Verhaltensanpassung zurückzuführen, die selbstverständlich nur von Personen zu erwarten ist, die nicht aufgrund einer körperlichen Beeinträchtigung oder aufgrund der Arbeitsmarktsituation in ihrer Möglichkeit der Erwerbsbeteiligung eingeschränkt sind.

Im Gegensatz zu den Abschlägen haben die Betroffenen bei pauschalen Rentenkürzungen keine Möglichkeit, auf die Kürzungen mit einer Verschiebung ihres Renteneintritts zu reagieren. Das heißt sie haben keine Möglichkeit, sich zwischen einer niedrigeren Rente und einer längeren Arbeitszeit zu entscheiden. Hieraus ergeben sich deshalb auch deutlich größere individuelle Wohlfahrtsverluste als bei den Abschlägen von 0,3 Prozent pro Monat (Abbildung 6). Bei gleichen öffentlichen Nettogewinnen verdoppeln sich dann auch die durchschnittlichen individuellen Wohlfahrtsverluste von ungefähr 3 500 Euro auf ungefähr 8 000 Euro. Dieses Ergebnis legt nahe, dass aufgrund der unterschiedlichen Anreizwirkungen der beiden Reformalternativen Abschläge auf die Frührente gegenüber pauschalen Rentenkürzungen aus wohlfahrtstheoretischer Sicht klar vorzuziehen sind. Sollte die demografische Entwicklung weitere Einsparungen im deutschen Rentensystem erfordern, stellt eine Erhöhung der Abschläge folglich zumindest das schonendere Mittel dar.

### Schlussfolgerungen

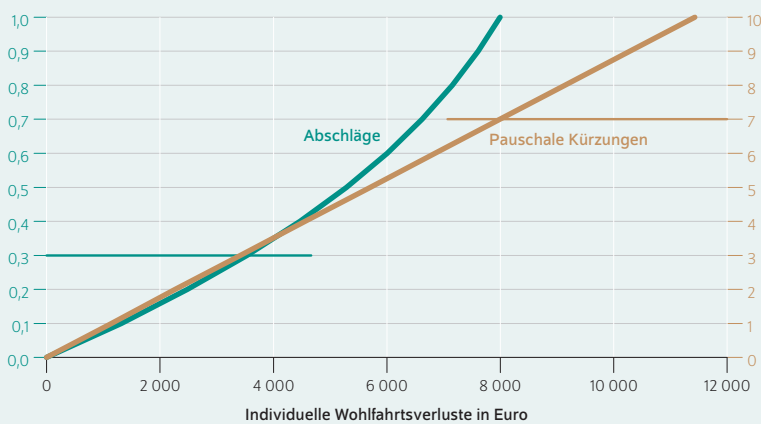
Ausgabensenkungen sind nicht der einzige Weg, um das Rentensystem finanziell zu stabilisieren. Beitragserhöhungen, Steuerzuschüsse oder eine weitere Anhebung des gesetzlichen Rentenalters kommen ebenfalls in Betracht. Unsere Analyse zeigt jedoch, dass pauschale Rentenkürzungen – wie sie sich bei Ausbleiben von Reformen aufgrund der demografischen Situation in Deutschland über die Rentenanpassungsformel ergeben würden – aus wohlfahrtstheoretischer Sicht ein schlechter Weg sind. Es ergibt sich aus den hier dargestellten Simulationen, dass diese bei gleichem fiskalischem Gewinn mit mehr als doppelt so hohen individuellen Wohlfahrtsverlusten verbunden sind. Insbesondere wären gerade jene Personen stark betroffen, die bei Abschlägen auf die Frührente zumindest noch die Möglichkeit nutzen konnten, diesen durch eine Verschiebung ihres Rentenzugangs auszuweichen.

Auf Basis der beschriebenen Simulationen und vor dem Hintergrund der Wohlfahrtseffekte unterschiedlicher Reformmaßnahmen lassen sich auch Schlussfolgerungen für die am 1. Juli 2014 eingeführte *Rente mit 63* ziehen. Diese Reform

Abbildung 6

### Durchschnittliche individuelle Wohlfahrtsverluste nach Abschlagshöhe (linke Achse) und nach pauschalen Rentenkürzungen (rechte Achse)

Simulationen auf Basis des Rentenzugangsmodells. Abschläge pro Monat und Rentenkürzungen in Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen unter Nutzung des Rentenzugangsmodells. Das Modell basiert auf Daten der deutschen Rentenversicherung (Versicherungskontenstichprobe).

© DIW Berlin 2018

Pauschale Rentenkürzungen in Höhe von 7 Prozent ergeben ungefähr die gleichen öffentlichen Nettogewinne pro Kopf wie die tatsächlich eingeführten 0,3 Prozent Abschlag pro Monat. Die individuellen Wohlfahrtsverluste sind jedoch mehr als doppelt so groß.

ermöglicht es Personen mit besonders langjähriger Beschäftigung (45 Beitragsjahre) wieder, abschlagsfrei in die Frührente zu gehen. Unsere Simulationen prognostizieren eine starke Inanspruchnahme, und tatsächlich haben im Jahr 2017 etwa eine Viertelmillion Personen diese Möglichkeit genutzt. Dies ist vor dem Hintergrund des steigenden Finanzierungsdrucks im Rentensystem und den ungünstigen Wohlfahrtseffekten ein Rückschritt, da eine Gegenfinanzierung bislang nicht erkennbar ist.

Obgleich sich diese Untersuchung auf Personen beschränkt, die mit 62 Jahren noch in Beschäftigung sind, lassen unsere Ergebnisse auch Schlussfolgerungen bezüglich gesundheitlich beeinträchtigter Personen zu. Diese Personen haben

sowohl bei Abschlägen als auch bei pauschalen Rentenkürzungen keine Möglichkeit, der Reduzierung ihrer Renten zu entgehen oder diese durch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit auszugleichen. Daher ist in beiden Reformalternativen von einem Wohlfahrtsverlust auszugehen, der sogar noch über dem der Untersuchungspopulation bei pauschalen Rentenkürzungen liegen dürfte. Aus wohlfahrtstheoretischer Sicht sollte man daher über eine Privilegierung dieser Personengruppen bei künftigen Reformen nachdenken. Eine mögliche Lösung könnten etwa reduzierte Abschläge auf die Frührente im Fall von gesundheitlicher Beeinträchtigung sein. Erfreulicherweise hat die zukünftige Bundesregierung entsprechende Pläne in ihren Koalitionsvertrag aufgenommen.

**Timm Bönke** ist Professor an der Freien Universität Berlin / [tim.boenke@fu-berlin.de](mailto:tim.boenke@fu-berlin.de)

**Daniel Kemptner** ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am DIW Berlin / [dkemptner@diw.de](mailto:dkemptner@diw.de)

**Holger Lüthen** ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am DIW Berlin / [hluthen@diw.de](mailto:hluthen@diw.de)



Dr. Holger Lüthen, wissenschaftlicher Mitarbeiter der  
Infrastruktureinrichtung sozio-oekonomisches Panel  
am DIW Berlin

GESPRÄCH MIT HOLGER LÜTHEN

## „Wir sind gezwungen, Reformen durchzuführen, weil das derzeitige Rentensystem finanziell nicht stabil ist“

1. **Herr Lüthen, das deutsche Rentensystem steht vor einem demografischen Problem: Die Zahl der Rentenempfänger steigt, während die Zahl der Beitragszahler sinkt. Wie wird sich dieses Missverhältnis in den nächsten Jahren entwickeln?** Hier reden wir über den sogenannten Altenquotienten. Momentan haben wir ungefähr 35 Personen im Alter von 65 Jahren und älter auf 100 arbeitsfähige Individuen zwischen 20 und 65. Dieses Verhältnis wird sich in Zukunft stark verschlechtern, und wir landen zum Beispiel im Jahr 2050 bei ungefähr 60 Personen, die 65 und älter sind, auf 100 Arbeitnehmer.
2. **Was wird passieren, wenn wir das Rentensystem so lassen, wie es ist, wenn also Reformen ausbleiben?** Im Prinzip sind wir gezwungen, Reformen durchzuführen, weil das Rentensystem in seiner aktuellen Form nicht finanziell stabil ist. Das heißt, es kommt momentan durch einen Automatismus in der Rentenanpassungsformel zu pauschalen Rentenkürzungen.
3. **Welche Möglichkeiten bleiben aktuell, um das Rentensystem zu stabilisieren?** Im Prinzip kann man nur weitere Steuermittel in das Rentensystem transferieren oder die Lebensarbeitszeit erhöhen.
4. **Wie könnte man die Lebensarbeitszeit erhöhen?** Man hat in der Vergangenheit gute Erfahrungen mit Abschlägen auf den vorzeitigen Renteneintritt gemacht. Wer vor dem gesetzlichen Rentenalter in Rente geht, muss Abschläge auf seine Rente hinnehmen, und zwar von 0,3 Prozent pro Monat des vorzeitigen Renteneintritts.
5. **Eine andere Möglichkeit wäre, das gesetzliche Renteneintrittsalter zu erhöhen.** Genau. Wenn man Frühverrentung nicht verbieten will, funktioniert das aber nur in Verbindung mit den Abschlägen, denn wenn man nur das Renteneintrittsalter erhöht, dann nehmen die Leute halt den vorzeitigen Renteneintritt in Anspruch.
6. **Wie viele Menschen machen von der Möglichkeit Gebrauch, vorzeitig in Rente zu gehen?** Über die Hälfte der Bevölkerung geht vorzeitig in Rente. Unsere Untersuchung bezieht sich auf Personen, die im Alter von 62 Jahren noch arbeiten, und das sind ungefähr 20 Prozent eines Jahrgangs.
7. **Welche Wirkung haben die Abschläge auf den vorzeitigen Renteneintritt auf das Rentenzugangsalter?** Die von uns betrachteten Individuen schieben ihren Renteneintritt aufgrund der Abschläge um etwas über vier Monate auf.
8. **Könnte die durchschnittliche Lebensarbeitszeit weiter erhöht werden, wenn man diese Abschläge erhöht?** Ja, eine Erhöhung der Abschläge würde zu einer weiteren Erhöhung der Lebensarbeitszeit führen, wenn man diese Abschläge nicht gleichzeitig durch Maßnahmen wie die abschlagsfreie Rente mit 63 konterkariert.
9. **Sie haben die Wirkung der Abschläge auf die Frührente mit einer pauschalen, vom Rentenzugang unabhängigen, Rentenkürzung verglichen. Zu welchem Ergebnis sind Sie gekommen?** Momentan kommt es aufgrund der Rentenanpassungsformel automatisch zu pauschalen Rentenkürzungen, wenn die Finanzierung nicht gesichert ist. Die Nullrunden Anfang dieses Jahrtausends sind ein gutes Beispiel dafür. Wir finden heraus, dass Abschläge wesentlich schonender sind, da die betreffenden Personen länger arbeiten und dadurch diesen Abschlägen entgehen können, während sie das bei den pauschalen Rentenkürzungen nicht können. Eine Ausnahme sind erwerbsgeminderte Personen, die vorzeitig in Rente gehen müssen und deshalb den Abschlägen nicht ausweichen können. Hier wäre zu überlegen, ob man für diese Gruppe eine Sonderregelung einführt.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf  
[www.diw.de/interview](http://www.diw.de/interview)

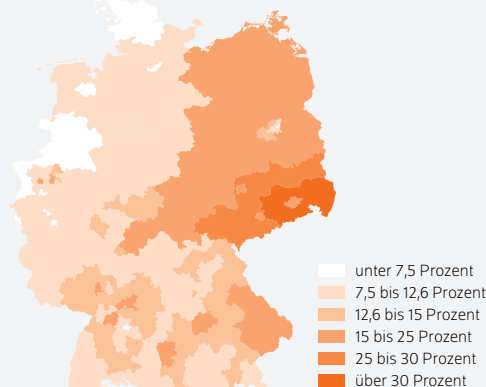
## AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker

Von Christian Franz, Marcel Fratzscher und Alexander S. Kritikos

- Sieben Variablen werden herangezogen mit dem Ziel, auf Wahlkreisebene Unterschiede in den AfD-Ergebnissen der Bundestagswahl 2017 zu untersuchen
- Kaum Zusammenhänge zwischen Arbeitslosenquote, Bildung und Ausländeranteil und der Variation der AfD-Ergebnisse
- In Westdeutschland korrelieren vor allem niedrige Haushaltseinkommen und überproportional viele Beschäftigte in der Industrie mit Zuspruch für die AfD
- In Ostdeutschland sticht Zusammenhang mit hohem Anteil an älteren Menschen und mit hoher Dichte von Handwerksbetrieben heraus
- Politik sollte vor allem ländliche, überalterte Räume stärker in den Blick nehmen

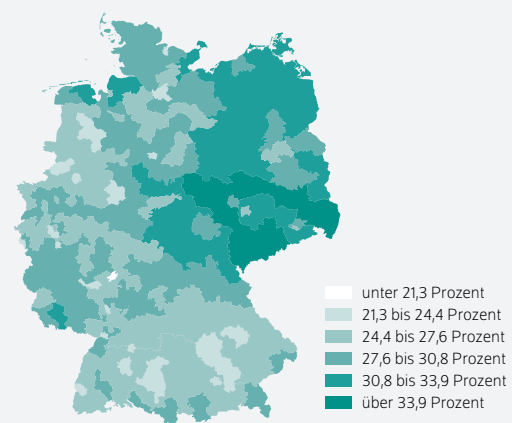
### In ostdeutschen Wahlkreisen mit hohem Zuspruch für die AfD leben überdurchschnittlich viele ältere Menschen

AfD-Ergebnis bei der Bundestagswahl 2017  
Zweitstimmen auf Wahlkreisebene



Quelle: Eigene Berechnungen.

Anteil der Bevölkerung im Alter von über 60 Jahren



© DIW Berlin 2018

### ZITAT

„Unsere Untersuchung zeigt, dass die AfD im Osten in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen besser abschneidet. Im Westen ist die AfD in Wahlkreisen stark, in denen es viele Industriebeschäftigte gibt oder Haushaltseinkommen niedrig sind. Von der Höhe der Arbeitslosenquote hängt indes die Zustimmung zur AfD kaum ab.“

— Alexander Kritikos, Studienautor —

# AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker

Von Christian Franz, Marcel Fratzscher und Alexander S. Kritikos

## ABSTRACT

In diesem Bericht wird untersucht, in welchem Umfeld die Partei Alternative für Deutschland (AfD) in der Bundestagswahl 2017 gut abschnitt. Der Zuspruch für die AfD war in Wahlkreisen relativ hoch, in denen überdurchschnittlich viele Handwerksunternehmen angesiedelt, überproportional viele Erwerbstätige im verarbeitenden Gewerbe beschäftigt sind, sowie – das gilt eher für die westdeutschen Wahlkreise – die verfügbaren Haushaltseinkommen unter dem Bundesdurchschnitt liegen. Überdies wird häufig in solchen Wahlkreisen für die AfD gestimmt, in denen überdurchschnittlich viele Ältere leben. Eine Korrelation mit der Arbeitslosenquote besteht dagegen kaum. Generell schneidet die AfD in weniger verdichteten Regionen mit ungünstiger demografischer Entwicklung vergleichsweise gut ab – ein Phänomen, das in ostdeutschen Wahlkreisen häufiger auftritt als in westdeutschen. Diese Beobachtung lässt die Vermutung zu, dass die demografische Entwicklung in den weniger verdichteten Räumen auch ein Gefühl der Perspektivlosigkeit mit sich bringt, wodurch Vertrauen in etablierte Parteien zu erodieren droht.

Bei den Bundestagswahlen am 24. September 2017 wurde die AfD mit 12,6 Prozent der Zweitstimmen drittstärkste Kraft im Deutschen Bundestag. In den fünf ostdeutschen Flächenstaaten und Berlin-Ost stieg die AfD mit 21,9 Prozent sogar zur zweitstärksten Kraft auf, während die SPD mit 13,9 Prozent auf Rang vier zurückfiel. Mit diesem Ergebnis übersprang erstmalig eine Partei, die politisch ‚rechts‘ von der CDU/CSU zu verorten ist,<sup>1</sup> in einer Bundestagswahl die seit 1953 bundesweit geltende Fünfprozent-Hürde (siehe Kasten 1). Angesichts der Tatsache, dass die Partei nun die Rolle der Oppositionsführerin übernimmt, gewinnt die Frage nach den Ursachen für ihren Wahlerfolg an Bedeutung.

In der öffentlichen Debatte wurde der Beginn der Flüchtlingskrise in der zweiten Hälfte des Jahres 2015 als ein wichtiger Grund für den Aufstieg der AfD angesehen. Auch das Führungspersonal der Partei machte die Flüchtlingskrise und das Schüren der Ängste vor Migranten zu einem zentralen Wahlkampfthema.<sup>2</sup> Bereits am Tag nach der Wahl wurde intensiv nach den Gründen für den Zuspruch zur AfD gesucht.<sup>3</sup> Erklärungsmuster sind, dass die „vom Strukturwandel Abgehängten“ und sogenannten „Globalisierungsverliererinnen und -verlierer“, sowie Menschen, die sich „im Stich gelassen fühlen“, anfällig für die Wahlrhetorik der AfD seien, wobei letzteres besonders häufig auf die fünf ostdeutschen Bundesländer zuträfe. Gerade dort sei angesichts der weiterhin bestehenden wirtschaftlichen Probleme und der gleichzeitigen Wahrnehmung, andere Bevölkerungsgruppen – insbesondere Migranten – würden besser behandelt, der Zuspruch für die AfD besonders groß.

<sup>1</sup> Siehe etwa Martin Kroh und Karolina Fetz (2016): Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der Partei deutlich verändert. DIW Wochenbericht Nr. 34 (online verfügbar, abgerufen am 2. Februar 2018). Dies gilt insofern nicht anders vermerkt auch für alle anderen Onlinequellen in diesem Bericht.

<sup>2</sup> Siehe zum Beispiel Wahlkampfrede von AfD-Politiker Alexander Gauland am 2. Juni 2017 auf dem Marktplatz in Elsterwerda (online verfügbar).

<sup>3</sup> Siehe dazu Neue Züricher Zeitung: Wie Einkommen, Arbeitslosigkeit und Migration das Wahlverhalten mitbestimmen, 25. September 2017 (online verfügbar); Katharina Brunner und Christian Endt (2017): Je mehr Autos, desto mehr Stimmen für die Union. Süddeutsche Zeitung, 26. September 2017 (online verfügbar); Kolja Rudzio (2017): Wo Fremde fremd sind. Die Zeit, 27. September 2017 (online verfügbar). Für bestimmte Länder konnte ein kausaler Zusammenhang zwischen dem Anteil der Ausländerinnen und Ausländer in einem Wahlkreis und der Zustimmung zu rechtspopulistischen Parteien identifiziert werden, so zum Beispiel in Österreich für die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), vgl. Martin Halla, Alexander F. Wagner und Josef Zweimüller (2017): Immigration and Voting for the Extreme Right. Journal of the European Economic Association, 15, 1341–1385.

Dennoch erfassen die verschiedenen Erklärungsmuster den in den ostdeutschen Bundesländern höheren, aber auch dort unterschiedlich ausfallenden Wahlerfolg der AfD nur bedingt. Gleichzeitig bestehen in Ostdeutschland, selbst wenn sie geringer geworden sind, beinahe 30 Jahre nach der Wiedervereinigung noch erhebliche wirtschaftliche und soziale Probleme. Die ökonomischen Disparitäten dürften aber nicht allein den Ausschlag geben, hinzu kommen andere, nicht-ökonomische Einflüsse, unter anderem Unterschiede bei der Parteienbindung sowie weitere sozial-psychologische, historische und politisch-kulturelle Unterschiede.<sup>4</sup>

Dieser Bericht konzentriert sich auf die ökonomischen Einflüsse und untersucht, zu welchem Grad ökonomische und sozio-demografische Lebensumstände in den Wahlkreisen mit dem AfD-Wahlergebnis zusammenhängen. Mit der vorliegenden Analyse werden ausdrücklich keine individuellen Wahlentscheidungen analysiert. Grundlage der Untersuchung sind neben den Wahlergebnissen in den 299 Wahlkreisen einige ökonomische und sozio-demografische Strukturdaten, die für einen Großteil der Wahlkreise vorliegen (siehe Kasten 2) – wie die Altersstruktur, die Wirtschafts- und Einkommensstruktur, die Bildungsstruktur, die Arbeitsmarktsituation oder der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer.

Anhand dieser Daten wird – frühen theoretischen Ansätzen zum Wahlverhalten aus ökonomischer Sicht<sup>5</sup> folgend – mit Hilfe einer multivariaten Regressionsanalyse (Kasten 3) untersucht, in welcher Form unterschiedliche Arbeitsmarkt- und Einkommenssituationen sowie andere wirtschaftliche Lebenslagen und demografische Besonderheiten mit der Zustimmung zur AfD zusammenhängen. Außerdem wird untersucht, inwieweit der von der Analyse nicht erklärte Anteil der Variation des Wahlergebnisses der AfD mit NPD-Wahlergebnissen des Jahres 2013 korreliert. Vorab wird erläutert, welche Unterschiede innerhalb und zwischen den ost- und westdeutschen Wahlkreisen bestehen.

### Nach wie vor wirtschaftliche und demografische Unterschiede zwischen Ost und West

Das verfügbare durchschnittliche Haushaltseinkommen – eine erste sozioökonomische Variable mit Einfluss auf das Wahlverhalten<sup>6</sup> – lag in ostdeutschen Wahlkreisen im Jahr 2014 bei 18 085 Euro, in westdeutschen Wahlkreisen war es mit 21 749 Euro um mehr als 20 Prozent höher.<sup>7</sup> Ein westdeutscher Wahlkreis (Gelsenkirchen) weist zwar das niedrigste Durchschnittseinkommen in Deutschland auf, insgesamt fallen die ostdeutschen Wahlkreise aber weit hinter

<sup>4</sup> Ulrich Becker, Horst Becker und Walter Ruhland (1992): Zwischen Angst und Aufbruch. Das Lebensgefühl der Deutschen in Ost und West nach der Wiedervereinigung. Econ-Verlag. Düsseldorf, Wien, New York, Moskau; Felix Arnold, Ronny Freier und Martin Kroh (2015): Geteilte politische Kultur auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung? DIW Wochenbericht Nr. 37 (online verfügbar).

<sup>5</sup> Anthony Downs (1957): An Economic Theory of Democracy. Harper & Row. New York.

<sup>6</sup> Siehe hierzu Downs (1957), a. a. O., sowie die jüngsten empirischen Erkenntnisse zu unterschiedlichen Einkommensstrukturen von Wählerinnen und Wählern in Karl Brenke und Alexander Kritikos (2017): Wählerstruktur im Wandel. DIW Wochenbericht Nr. 29 (online verfügbar).

<sup>7</sup> Die deskriptiven Statistiken sind als ungewichtete Durchschnitte über die Wahlkreise errechnet.

#### Kasten 1

### Ausrichtung der AfD und Wählerschaft der AfD in der Bundestagswahl

Im April 2013 im Kontext der Eurokrise gegründet, entwickelte sich die Alternative für Deutschland (AfD) bis zur Bundestagswahl 2017 zu einer rechtspopulistischen Partei.<sup>1</sup> Einer ihrer thematischen Schwerpunkte lag im Wahlkampf auf dem Thema Zuwanderung/Geflüchtete. Verschiedene Personalentscheidungen spiegeln die programmatischen Veränderungen der Partei wider. Seit dem Parteiaustritt ihres Gründers und weiterer Anhängerinnen und Anhänger des ‚national-liberalen‘ Flügels im Sommer 2015 verschob sich die thematische Ausrichtung hin zu national-konservativen Positionen.<sup>2</sup> Diese Entwicklung schreitet mit den jüngsten Austritten nach der Bundestagswahl 2017 weiter voran.<sup>3</sup> Wirtschaftspolitisch verfolgt die AfD seit ihrer Gründung einen ordnungspolitischen Kurs, der eine geringere Staatsquote, niedrigere Steuern- und Abgabenquoten sowie höhere Selbstverantwortung der Bürgerinnen und Bürger fordert. Gesellschaftspolitisch stellt sich die AfD mit dem Wahlprogramm 2017 als eine Partei dar, die als Korrektiv vergangener Fehlentwicklungen agieren will: So will sie etwa tradierte Familienvorstellungen oder die nicht-akademische Ausbildung gegenüber dem Studium stärken.<sup>4</sup>

### Die Wählerschaft der AfD in der Bundestagswahl 2017

Bundesweit errang die AfD 12,6 Prozent der Zweitstimmen. Die repräsentative Wahlstatistik zeigt, dass der Zuspruch in allen Bundesländern bei Männern mit 16,3 Prozent deutlich höher lag als bei Frauen (9,2 Prozent).<sup>5</sup> Darüber hinaus erreichte die AfD in den neuen Ländern und Berlin Ost mit 21,9 Prozent ein mehr als doppelt so hohes Ergebnis als im Westen. Besonders bei den Männern im Alter von 35 bis 59 Jahren fand die Partei Zustimmung: Fast jeder fünfte Mann dieser Altersgruppe wählte die AfD. Am schwächsten war das Ergebnis bei Erst- und Jungwählern, sowie Männern im Rentenalter, von denen nur etwa jeder zehnte seine Zweitstimme der AfD gab. Eine ganz ähnliche Verteilung findet sich auch bei den Wählerinnen der AfD – wenngleich auf niedrigerem Niveau. Diese Struktur der Wählerschaft unterscheidet die AfD erheblich von den meisten anderen Parteien. Am ehesten ähnelt die Altersstruktur der AfD-Wählerschaft der Struktur der Partei Die Linke.

<sup>1</sup> Siehe Kasten 1 in Martin Kroh und Karolina Fetz (2016): Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der Partei deutlich verändert. DIW Wochenbericht Nr. 34 (online verfügbar).

<sup>2</sup> Franck Decker (2016): Die „Alternative für Deutschland“ aus der vergleichenden Sicht der Parteienforschung. In: Alexander Häusler (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland: Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden, 7–23.

<sup>3</sup> Die damalige Vorsitzende begründete ihre Entscheidung unter anderem mit unterschiedlichen Ansichten zu geschichtspolitischen Aussagen von führenden AfD-Politikern und äußerte die Forderung, eine differenzierte Diskussion über den Islam zu führen. Siehe: Peter Huth und Matthias Kamann (2017): „Ich möchte nicht länger sozial geächtet werden“. Welt am Sonntag, 1. Oktober 2017 (online verfügbar).

<sup>4</sup> AfD (2017): Programm für Deutschland – Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017 (online verfügbar).

<sup>5</sup> Bundeswahlleiter (2018): Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Heft 4 – Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Frauen und Männer nach Altersgruppen (online verfügbar).

Kasten 2

## Datengrundlage

Die vorliegende Analyse verknüpft die endgültigen Wahlergebnisse aus der Bundestagswahl 2017 mit Strukturdaten auf Wahlkreisebene. Diese Strukturdaten umfassen insgesamt 48 sogenannte „Strukturvariablen“ und beschreiben einen Wahlkreis u.a. entlang der Dimensionen Alters- und Bevölkerungsstruktur, durchschnittliche Einkommenssituation, Beschäftigungsstruktur, Arbeitslosigkeit oder Religion.

Insgesamt gab es bei der Bundestagswahl 2017 299 Wahlkreise – 61 Wahlkreise in den ostdeutschen, 238 in den westdeutschen Bundesländern. In den Wahlkreisen leben durchschnittlich etwa 275 000 Menschen (Min: 198 000, Max: 377 000) von denen durchschnittlich 206 000 Menschen wahlberechtigt sind (Min: 160 000, Max: 256 000). Im vorliegenden Wochenbericht werden ausschließlich die Ergebnisse in den Zweitstimmen analysiert, die je Wahlkreis berechnet wurden:

$$\text{Zweitstimmenergebnis der Partei} = \frac{(\text{gültige Stimmen für Partei})}{\text{Anzahl aller gültigen Stimmen}}$$

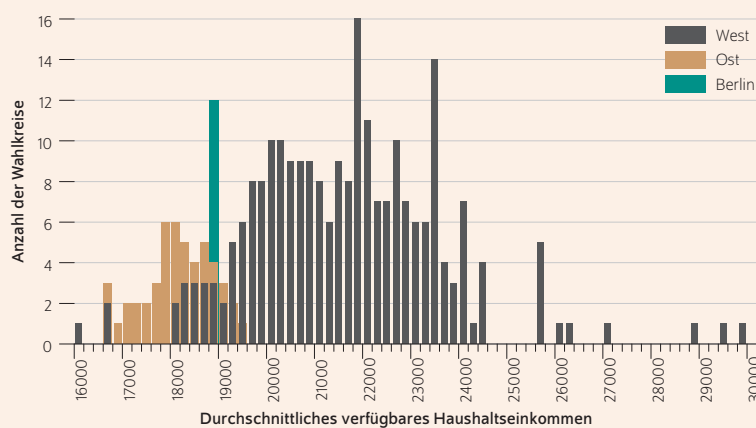
Die sogenannten „Strukturvariablen“ wurden durch den Bundeswahlleiter auf Grundlage von Daten der Bundesagentur für Arbeit, der Zensusdatenbank und den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder auf Wahlkreisebene umgerechnet. Einige Wahlkreise folgen in ihrem Zuschnitt nicht den Grenzen der Gemeinden und Kreisen, was die Umrechnung teils unmöglich macht. Dies betrifft insgesamt 41 Wahlkreise – meist Großstädte, die aus mehreren

Wahlkreisen bestehen. Die Analyse geht auf diese Einschränkung in zweierlei Hinsicht ein: 29 der betroffenen Wahlkreise werden in den betreffenden Städten zu einem Datenpunkt zusammengefasst. Wo disaggregierte Daten vorlagen (z. B. bei der Ausländerquote) wurden die stadtweiten Werte ermittelt. Ansonsten wurden die ungewichteten Durchschnitte herangezogen, die vom Bundeswahlleiter angegeben wurden. Anders ist die Situation für die zwölf Berliner Wahlkreise: Hier erscheint eine Zusammenfassung nicht empfehlenswert, da sich die Wahlkreise in ihren Parteipräferenzen systematisch unterscheiden und dieser Variation in den Wahlergebnissen dann keine Variation in den Daten gegenübersteht. Aus diesem Grund wurde Berlin insgesamt von der Analyse ausgeschlossen.

Eine weitere Einschränkung stellen die Unterschiede in den Erhebungszeitpunkten dar, die zwischen Mitte 2011 (Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund) und März 2017 (Arbeitslosenquote im Wahlkreis) liegen. Für die Analyse wurden nur Variablen ausgewählt, die für das Jahr 2014 oder später gelten. Dabei wird davon ausgegangen, dass sich bei diesen Erhebungen die Unterschiede zwischen den Wahlkreisen nur geringfügig verändert haben. Eine wichtige Ausnahme dabei bildet die Variable des Anteils der Menschen im Wahlkreis mit nichtdeutscher Staatsbürgerschaft. Hier gibt es seit Ende 2015 teils erhebliche Veränderungen in einzelnen Wahlkreisen (siehe Haupttext, Fußnote 13).

Abbildung 1

### Verteilung der deutschen Wahlkreise nach durchschnittlichen verfügbaren Haushaltseinkommen Jahreseinkommen 2014, in Euro



Anmerkung: Keine disaggregierten Daten für Berlin verfügbar. Datenreihen überlappen sich.

Quellen: Bundeswahlleiter; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

Wahlkreise mit hohen durchschnittlichen Einkommen liegen ausschließlich im Westen.

die westdeutschen zurück (Abbildung 1). In keinem ostdeutschen Wahlkreis reicht die Höhe der Haushaltseinkommen an den Durchschnitt in westdeutschen Wahlkreisen heran.<sup>8</sup> Gleichzeitig fällt auf, dass die Variation in den Durchschnittseinkommen zwischen den westdeutschen Wahlkreisen höher ist als zwischen den ostdeutschen.

Unterschiedlich sind Ost und West ebenso in Bezug auf die Beschäftigung. Die Arbeitslosenquote mit Stand März 2017 lag über alle Wahlkreise hinweg bei durchschnittlich 5,8 Prozent; 7,9 Prozent im Osten und 5,4 Prozent im Westen (Abbildung 2).

Neben der Arbeitsmarktsituation berücksichtigt die Untersuchung die Wirtschaftsstruktur: Hier unterscheidet sich Ostdeutschland noch sehr von Westdeutschland.<sup>9</sup> Um dies auf Wahlkreisebene zu erfassen, wird die Dichte der traditionell eher kleinteiligen Handwerksunternehmen pro

<sup>8</sup> Das verfügbare Haushaltseinkommen, das die Kaufkraft der Einwohnerinnen und Einwohner in einem Wahlkreis widerspiegelt, dürfte für die Analyse von Wahlentscheidungen aus ökonomischer Sicht wichtiger sein als das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf, das eher Auskunft über den wirtschaftlichen Output gibt. Dennoch sei darauf verwiesen, dass sich bei einem Vergleich des BIP nach Wahlkreisen ein ähnliches Bild ergibt, wobei der Unterschied zwischen Ost (mit 25 400 Euro) und West (37 300 Euro) noch viel deutlicher ausfällt.

<sup>9</sup> Vgl. Michael Arnold et al. (2015): Die ostdeutsche Wirtschaft ist zu kleinteilig strukturiert. DIW Wochenbericht Nr. 35 (online verfügbar).

1000 Einwohner im Jahr 2014 genutzt.<sup>10</sup> Mit dieser Variable wird indirekt auch die Raumstruktur erfasst, denn eine hohe Handwerksdichte findet sich eher in ländlichen oder gering verdichteten Regionen. Auch bei dieser Variable divergieren Ost und West deutlich (Abbildung 3): Während im Osten etwa 9,2 Handwerksfirmen je 1000 Einwohner angemeldet waren, lag der Durchschnitt für westdeutsche Wahlkreise bei 7,2.

Deutschland ist auch bei der Demografie gespalten. In den ostdeutschen Regionen leben überproportional viele über 60-Jährige und entsprechend unterproportional viele junge Menschen (Abbildung 4a & 4b).<sup>11</sup> Ausnahmen bilden die Regionen Dresden, Leipzig und Potsdam. Dies dürfte sich im Wahlverhalten niederschlagen, da überalterte Wahlkreise eine andere Lebensdynamik und geringere wirtschaftliche Perspektiven entfalten als Wahlkreise mit vielen jungen Einwohnerinnen und Einwohner.<sup>12</sup>

Drei weitere Variablen fließen in die Untersuchung ein. Zum ersten die Ausländerquote in den einzelnen Wahlkreisen. Im deutschlandweiten Durchschnitt lag diese Ende 2015 bei rund zehn Prozent: rund elf Prozent in westdeutschen Wahlkreisen und knapp vier Prozent in ostdeutschen (in Berlin waren es knapp 15 Prozent).<sup>13</sup>

Überdies wird der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe berücksichtigt. Vor dem Hintergrund der Globalisierung und der Digitalisierung wird immer wieder diskutiert, inwieweit die Jobs vor allem von Arbeiterinnen und Arbeitern in der Industrie aufgrund des zunehmenden Einsatzes von Robotern und von künstlicher Intelligenz bedroht seien.<sup>14</sup> In den USA zeigen erste Analysen, dass eine fortschreitende Automatisierung der Fertigung sowohl mit einer Reduzierung der Beschäftigungsquote als auch der Löhne einhergeht.<sup>15</sup> In Deutschland nahm dagegen die Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe zuletzt zu – von 2010 bis 2017 um rund

**10** Zwischen der Dichte der Handwerksunternehmen und der Wirtschaftsleistung im Wahlkreis – gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner – lässt sich ein negativer Zusammenhang feststellen, d. h. in Wahlkreisen mit hoher Dichte an Handwerksunternehmen ist die Wirtschaftsleistung tendenziell niedriger und vice versa.

**11** Es wird in diesem Zusammenhang von einem "Alterungs-Ost-West-Gefälle" in den ländlichen Kreisen in Ostdeutschland gesprochen. Siehe etwa Stefan Gärtner (2015): Alte Räume und neue Alte: Lebensentwürfe, Chancen und Risiken, in: Uwe Fachinger und Harald Kühnemund (Hrsg.): Gerontologie und ländlicher Raum: Lebensbedingungen, Veränderungsprozesse. Springer Verlag, Wiesbaden.

**12** Vgl. Felix Arnold et al. (2015): Große regionale Disparitäten bei den kommunalen Investitionen. DIW Wochenbericht Nr. 43 (online verfügbar).

**13** Seit Ende 2015, dem Zeitpunkt der letzten Zuordnung dieser Variable nach Wahlkreisen, kam es zu starken Veränderungen aufgrund der Verteilung von Geflüchteten in den einzelnen Wahlkreisen, so zum Beispiel in Potsdam (von 6,47 Prozent im Jahr 2015 auf 8,25 Prozent im Jahr 2017) oder Cottbus (von 5,5 Prozent zum 31. Dezember 2015 auf 8,35 Prozent zum 31. Dezember 2017). Vgl. Bevölkerung: Ausländer und Ausländeranteil seit 1992. Stadt Potsdam (online verfügbar); Cottbus in Zahlen: Bevölkerung. Stadtverwaltung Cottbus (online verfügbar). Dementsprechend werden Ergebnisse zu dieser Variable nicht weitergehend interpretiert.

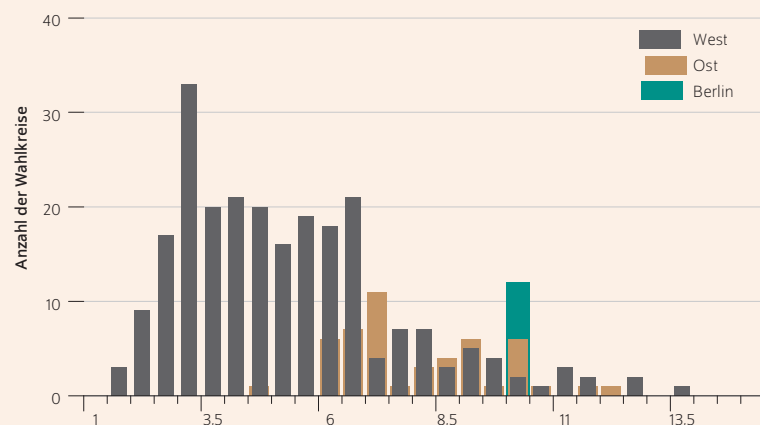
**14** So ergab beispielsweise eine repräsentative Befragung von 1400 Angestellten in Deutschland im Jahr 2017, dass insbesondere Beschäftigte in der Automobilindustrie ihr Job wegen technologischer Entwicklungen in Gefahr sehen. 35 Prozent der Befragten machten sich diesbezüglich „mittlere“ oder „große“ Sorgen. Vgl. Ernst & Young (2017): EY Jobstudie 2017 (online verfügbar). Vgl. auch Brenke und Kritikos (2017), a. a. O., wonach unter den potentiellen AfD-Wählerinnen und Wählern überproportional viele Arbeiterinnen und Arbeiter vertreten sind.

**15** Daron Acemoglu und Pascual Restrepo (2017): Robots and Jobs: Evidence from the US Labor Markets (online verfügbar).

Abbildung 2

## Verteilung der Wahlkreise nach Höhe der Arbeitslosenquote

Prozent aller Erwerbspersonen im Wahlkreis



Anmerkung: Keine disaggregierten Daten für Berlin verfügbar. Datenreihen überlappen sich.

Quellen: Bundeswahlleiter; eigene Berechnungen.

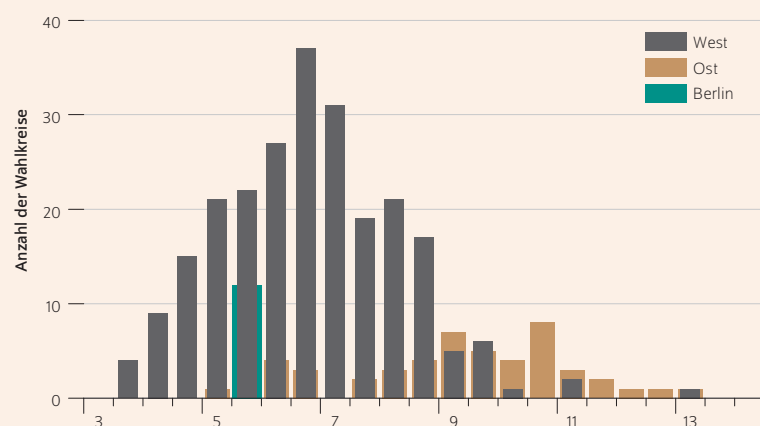
© DIW Berlin 2018

Wahlkreise im Westen haben geringere Arbeitslosenquoten.

Abbildung 3

## Verteilung der Wahlkreise nach Dichte der Handwerksunternehmen

Handwerksunternehmen je 1000 Einwohner im Wahlkreis



Anmerkung: Keine disaggregierten Daten für Berlin verfügbar. Datenreihen überlappen sich.

Quellen: Bundeswahlleiter; eigene Berechnungen.

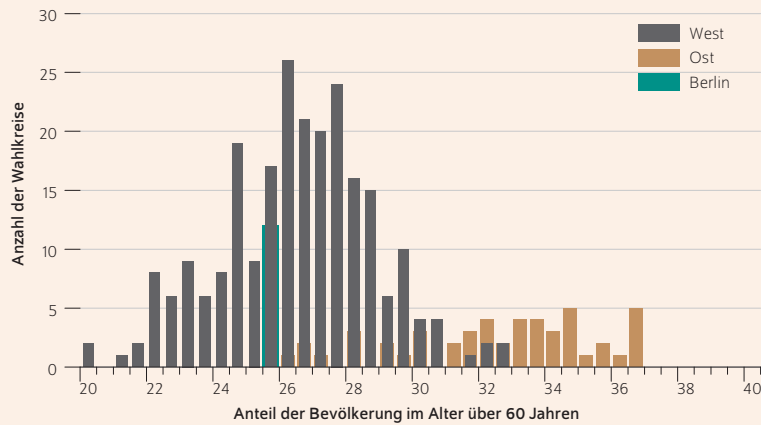
© DIW Berlin 2018

Die durchschnittliche Dichte von Handwerksunternehmen ist im Osten Deutschlands höher.

Abbildung 4a und 4b

## Verteilung der Wahlkreise nach dem Anteil der Bevölkerung im Alter von 60+ Jahren

Prozent der Gesamtbevölkerung im Wahlkreis



Anmerkung: Keine disaggregierten Daten für Berlin verfügbar. Datenreihen überlappen sich.

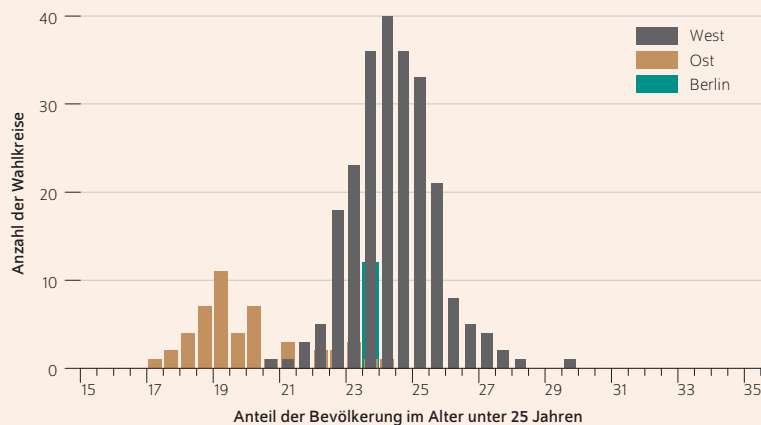
Quellen: Bundeswahlleiter; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

Die 'ältesten' Wahlkreise liegen im Osten Deutschlands.

## Verteilung der Wahlkreise nach dem Anteil der Bevölkerung im Alter unter 25 Jahren

Prozent der Gesamtbevölkerung im Wahlkreis



Anmerkung: Keine disaggregierten Daten für Berlin verfügbar. Datenreihen überlappen sich.

Quellen: Bundeswahlleiter; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

Die westdeutschen Wahlkreise haben eine wesentlich jüngere Bevölkerung.

sechs Prozent – und die Löhne zogen an. Dennoch steht auch hierzulande die Industrie- und Arbeitswelt vor Veränderungen. Bei der Beschäftigung in der Industrie gibt es eher ein Süd-Nord- als ein West-Ost-Gefälle (siehe Abbildung 5).

Zu guter Letzt wird die Abiturientenrate herangezogen. Der Bildungsstand, gemessen an schulischen Abschlüssen, beeinflusst erwiesenermaßen Wählerpräferenzen.

## Zuspruch für AfD in überalterten Wahlkreisen besonders hoch

Die schrittweise Analyse der ökonomischen und soziodemografischen Strukturdaten in den Wahlkreisen macht deutlich, welche Strukturmerkmale mit der Variation in den AfD-Ergebnissen korreliert sind (Tabelle 1). Demnach nehmen die AfD-Zweitstimmenergebnisse in Regionen mit einem überdurchschnittlichen Anteil von älteren Menschen und mit einer überdurchschnittlichen Dichte von Handwerksunternehmen erheblich zu. Die Schätzung zeigt weiterhin, dass in ansonsten gleichen Wahlkreisen das Zweitstimmenergebnis der AfD höher ist, wenn überdurchschnittlich viele Menschen mit nichtdeutscher Staatsbürgerschaft dort leben. Diese drei Einflussfaktoren beschreiben mehr als die Hälfte der Variation in den Wahlkreisergebnissen der AfD (Adjusted  $R^2 = 0.54$ ).

Berücksichtigt man alle weiteren ausgewählten Variablen (Tabelle 1, Spalte 2), so erzielt die AfD im Durchschnitt bessere Ergebnisse in Wahlkreisen, in denen der Anteil der älteren Bevölkerung, die Dichte von Handwerksunternehmen, der Anteil von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe und der Anteil von Ausländerinnen und Ausländern überdurchschnittlich hoch sind. Schlechter waren die Ergebnisse der AfD dagegen in Wahlkreisen, in denen Menschen ein überdurchschnittliches Haushaltseinkommen zur Verfügung hatten. Weniger stark ausgeprägt, denn statistisch nicht signifikant, sind die Zusammenhänge zwischen der Abiturientenquote, sowie der Arbeitslosenquote und der Variation der AfD-Ergebnisse. Hier findet sich ein unwesentlicher negativer Zusammenhang zwischen der Abiturientenquote sowie ein unwesentlicher positiver Zusammenhang zwischen der Arbeitslosenquote und der Höhe der AfD-Ergebnisse.

Die Signifikanz des Koeffizienten der Ost-West-Dummyvariable (Kasten 2) bestätigt, dass die AfD in Ostdeutschland erheblich besser abschneidet als in Westdeutschland. Viel wichtiger noch: Die demografische Variable hat für den Osten besondere Relevanz, wie der zusätzlich hinzugefügte Ost-West-Dummy für die Altersvariable deutlich macht.

## Ökonomische Signifikanz der Strukturvariablen

Die Standardisierung der Daten (siehe Kasten 3) erlaubt eine Abschätzung der Einflussstärke einzelner Strukturvariablen auf die Variation der AfD-Ergebnisse.

So führt beispielsweise eine Erhöhung des verfügbaren Jahreshaushaltseinkommens über den Bundesdurchschnitt von 21080 Euro hinaus *ceteris paribus* zu einer Verringerung des AfD-Ergebnisses. Umgekehrt erhöht sich in Wahlkreisen, die verfügbare Einkommen unterhalb des Bundesdurchschnitts haben, *ceteris paribus* das AfD-Ergebnis. Der geschätzte Effekt einer Standardabweichung dieser Variable (2287 Euro) auf das AfD-Ergebnis liegt bei etwa 0,59 Prozentpunkten (Tabelle 2, Zeile 5). Die Unterschiede im durchschnittlichen verfügbaren Haushaltseinkommen zwischen

Tabelle 1

### Einfluss ausgewählter Merkmale auf das AfD-Zweitstimmenergebnis im Wahlkreis

|                                         | Modell 1<br>(drei Variablen) |                     | Modell 2<br>(alle Variablen) |                     |
|-----------------------------------------|------------------------------|---------------------|------------------------------|---------------------|
|                                         | Koeffizient                  | Standard-<br>fehler | Koeffizient                  | Standard-<br>fehler |
| Anteil der AusländerInnen               | 0,601                        | 0,327               | 1,306                        | 0,203               |
| Dichte Handwerksunternehmen             | 2,177                        | 0,325               | 0,957                        | 0,291               |
| Bevölkerung im Alter 60+                | 3,138                        | 0,337               | 0,821                        | 0,309               |
| Arbeitslosenquote                       |                              |                     | -0,235                       | 0,336               |
| Haushaltseinkommen                      |                              |                     | -0,587                       | 0,299               |
| Beschäftigte im verarb. Gewerbe         |                              |                     | 0,849                        | 0,190               |
| Abiturientenquote 2015                  |                              |                     | -0,291                       | 0,215               |
| Ost-West-Dummy                          |                              |                     | 8,756                        | 1,173               |
| Interaktion: Ost-West-Dummy & Alter 60+ |                              |                     | 1,465                        | 0,656               |
| Konstante                               |                              |                     | 11,116                       | 0,204               |
| F-Statistik                             | 79,206                       |                     | 64,566                       |                     |
| R <sup>2</sup>                          | 0,55                         |                     | 0,800                        |                     |
| Adjusted R <sup>2</sup>                 | 0,544                        |                     | 0,793                        |                     |
| Beobachtungen                           | 263                          |                     | 257                          |                     |

Quelle: Berechnungen der Autoren.

Lesbeispiel: Der Koeffizient von 0,849 (Zeile 6) bedeutet, dass ein Anstieg des Anteils von Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe um eine Standardabweichung über den Bundesdurchschnitt (hier: 9,1 Prozentpunkte), ceteris paribus mit einem Anstieg des Wahlergebnis der AfD um 0,849 Prozentpunkte einhergeht.

© DIW Berlin 2018

den Wahlkreisen sind in Deutschland erwiesenermaßen groß (Abbildung 1), allein zwischen den westdeutschen Wahlkreise können die Einkommen um über 13 000 Euro auseinander liegen. Diese Heterogenität veranschaulicht das Auseinanderfallen der AfD-Ergebnisse insbesondere zwischen Wahlkreisen in Westdeutschland.

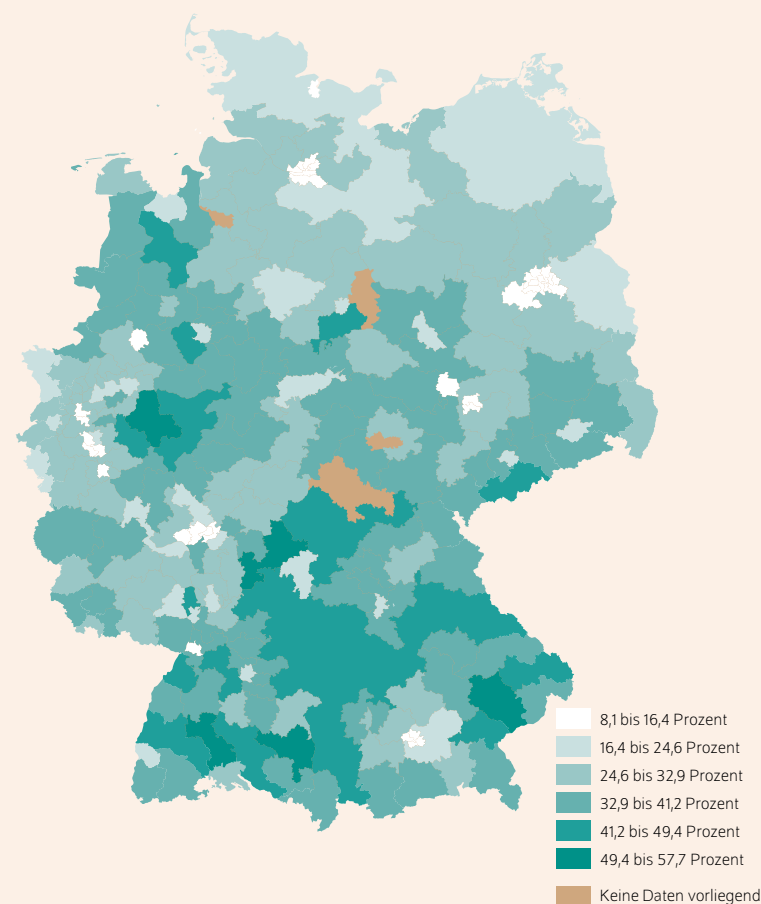
Analog gilt: Ein Anteil von über 60-Jährigen an der Bevölkerung über dem Bundesdurchschnitt von 28 Prozent geht im Modell *ceteris paribus* mit einem höheren AfD-Ergebnis einher. In Wahlkreisen mit einem Anteil unter 28 Prozent ist das AfD-Ergebnis tendenziell niedriger. Eine Erhöhung des Anteils älterer Menschen um eine Standardabweichung – etwa 3,1 Prozentpunkte – geht *ceteris paribus* mit einer Erhöhung des AfD-Ergebnisses um gut 0,82 Prozentpunkte im Westen und knapp 2,3 Prozentpunkte im Osten einher. Unterschiede in diesem Ausmaß sind dabei nicht ungewöhnlich, denn die Altersstruktur zwischen ost- und westdeutschen Wahlkreisen variiert teils erheblich. Im Durchschnitt liegt der Anteil der Älteren in den ostdeutschen Wahlkreisen um 5,4 Prozentpunkte höher als in westdeutschen Wahlkreisen (siehe Abbildung 4b). Hinzu kommt, dass der Anteil der älteren Bevölkerung auch mittelfristig wesentlich schwanken kann.<sup>16</sup> Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung gehen beispielsweise für Brandenburg von einem Anstieg des Anteils älterer Menschen um 3,2 Prozentpunkte zwischen 2013 und

<sup>16</sup> Siehe etwa Gärtner (2015), a. a. O.. Demnach fällt die Abwanderung aus den östlichen ländlichen Kreisen mit Verdichtungsansätzen und den dünn besiedelten Kreisen besonders stark aus und führt zu einer Überalterung dieser Regionen.

Abbildung 5

### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe

Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Wahlkreis



Anmerkung: Beobachtungszeitpunkt: 30.06.2016

Quellen: Bundeswahlleiter; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

Bei den Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe gibt es ein Süd-Nord-Gefälle.

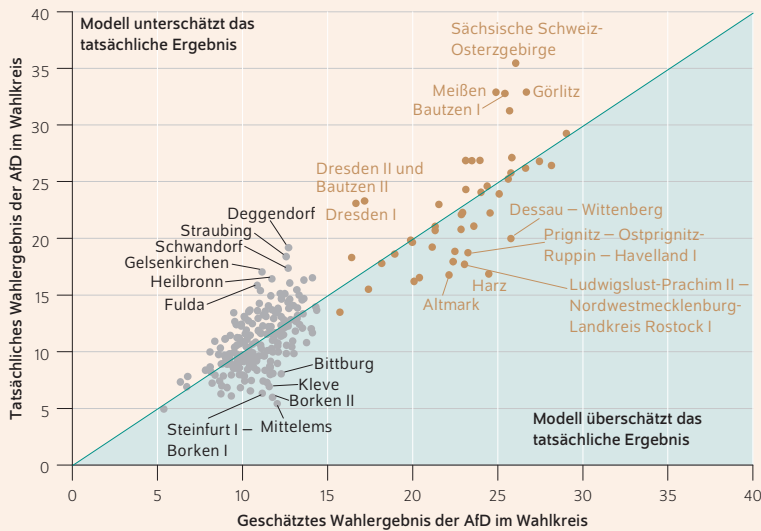
2020 aus,<sup>17</sup> sowohl aufgrund des demografischen Wandels als auch wegen Wanderbewegungen, vom ländlichen Raum hin zu Großstadtreionen oder in die südlichen Bundesländer. Diese Dynamik, der relative hohe Koeffizient der Variable und die Tatsache, dass dieser Effekt im Osten ausgeprägter ist als im Westen, machen die Altersstruktur zu einem aussagekräftigen Faktor für das AfD-Zweitstimmenergebnis in der Bundestagswahl 2017.

<sup>17</sup> Landesamt für Bauen und Verkehr Brandenburg (2015): Bevölkerungsvorausschätzung 2014 bis 2030 (online verfügbar).

Abbildung 6

## Über- und Unterschätzungen der AfD-Ergebnisse durch „strukturelle“ Faktoren

Tatsächliche und geschätzte Wahlergebnisse in Prozent



Anmerkung: N = 257 Wahlkreise.

Quellen: Bundeswahlleiter; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

Insbesondere für Wahlkreise in Sachsen unterschätzt das Modell die AfD-Ergebnisse.

## Variationen in AfD-Ergebnissen in wenigen Wahlkreisen über- oder unterschätzt

Die sieben Strukturvariablen beschreiben zusammen mit den Dummyvariablen knapp 80 Prozent der Variation in den Daten ( $\text{Adjusted } R^2 = 0.793$ ). Für bestimmte Wahlkreise ist das AfD-Ergebnis dennoch über- oder unterschätzt. Die herangezogenen Faktoren sind dort entsprechend weniger gut in der Lage, die Wahlkreisergebnisse der AfD abzubilden (Abbildung 6).

Insbesondere bei Wahlkreisen in Sachsen unterschätzt das Modell den Zuspruch für die AfD ebenso wie in drei Wahlkreisen in Bayern (Deggendorf, Straubing und Schwandorf). Fünf der zehn Wahlkreise, in denen die AfD-Zustimmung am stärksten unterschätzt wird, liegen an der Grenze zu Polen und Tschechien. Umgekehrt würden die Ausprägungen der Strukturvariablen zum Beispiel im Wahlkreis Harz ein Wahlergebnis der AfD von über 24 Prozent erwarten lassen; das tatsächliche Ergebnis lag bei knapp 17 Prozent.

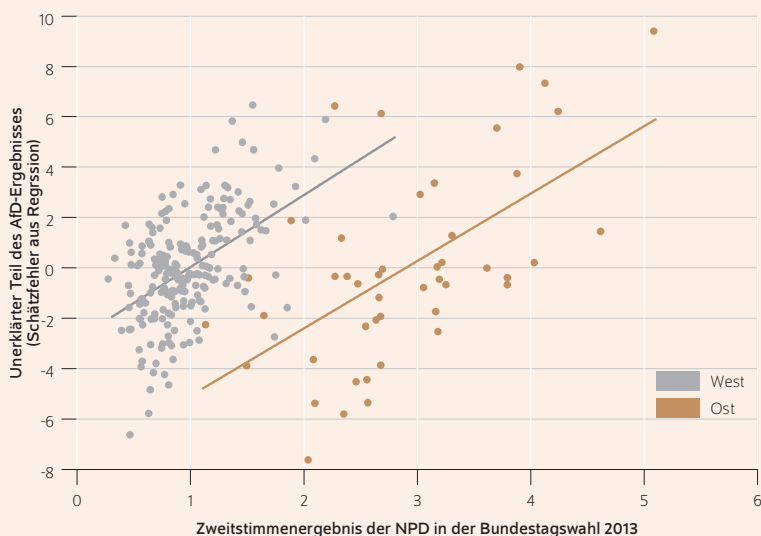
## NPD-Zuspruch in der Vergangenheit beschreibt Ausreißer nur bedingt

In einem letzten Schritt wird untersucht, inwieweit ein Zusammenhang zwischen dem „unerklärten“ Teil der Variation in den AfD-Ergebnissen 2017 und dem Zuspruch zu rechten Parteien in der Vergangenheit insbesondere zur NPD bei der Bundestagswahl 2013 besteht (Abbildung 7). Sowohl für ost- wie auch für westdeutsche Wahlkreise findet sich ein positiver Zusammenhang – ausgedrückt durch die jeweiligen Linien. Diese Variable zeigt für ostdeutsche Wahlkreise eine höhere Korrelation zum AfD-Wahlergebnis als für westdeutsche.

Diese Analyse dient nicht der Identifikation eines kausalen Effektes. Sie soll einen Beitrag liefern zum Verständnis eines Phänomens, das bereits verschiedentlich diskutiert wurde.<sup>18</sup> Eine mögliche Erklärung für den beobachteten Zusammenhang könnte sein, dass in Wahlkreisen, in denen schon in der Vergangenheit Parteien am rechten Rand Zuspruch fanden, bereits organisatorische Strukturen oder in der Bevölkerung verbreitete Stimmungen existierten, die von der AfD genutzt werden können. So zeigen andere Analysen, dass zwischen den Verlusten der NPD zwischen den Wahlen 2013 und 2017 und dem Ergebnis der AfD ein positiver Zusammenhang besteht.<sup>19</sup>

Abbildung 7

## Zusammenhang zwischen dem unerklärten Teil des AfD-Ergebnisses und NPD-Zweitstimmenergebnissen in der Bundestagswahl 2013



Quellen: Bundeswahlleiter; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

Es besteht ein schwacher aber sichtbarer Zusammenhang zwischen NPD-Ergebnissen und dem unerklärten Teil der AfD-Ergebnisse 2017.

<sup>18</sup> Vgl. Davide Cantoni, Felix Hagemeister und Mark Westcott (2017): Explaining the Alternative für Deutschland party's electoral success: The shadow of Nazi voting. Voxeu.org (online verfügbar); Achim Görres (2014): AfD und rechter Wahlerfolg 2: Der komplementäre Wahlerfolg der AfD und der NPD in Sachsen. Aus der Wissenschaft für die Politik – Blog der Professur für Empirische Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen (online verfügbar).

<sup>19</sup> Carl C. Berning (2017): Alternative für Deutschland (AfD) – Germany's New Radical Right-wing Populist Party. Ifo Dice Report. 15(4), 16-19 (online verfügbar).

## Kasten 3

## Methodisches Vorgehen

In der Untersuchung wird eine multivariate Regressionsanalyse verwendet, um mithilfe von sieben auf Wahlkreisebene vorliegenden Strukturvariablen sowie einer Ost-West-Dummyvariable Einflüsse auf das Wahlergebnis der AfD zu untersuchen. Das Modell folgt der Funktion:

$$AFD_i^{2017} = \beta_0 + \beta_1 Bev60plus_i^{2015} + \beta_2 BevAusl_i^{2015} + \beta_3 Einkomm_i^{2014} + \beta_4 Handwerk_i^{2014} + \beta_5 Arbeitslos_i^{2017} + \beta_6 Abiturientenquote_i^{2015} + \beta_7 BeschäftigungVerarbGew_i^{2016} + \beta_8 DummyOW + \epsilon_i$$

Dabei ist die abhängige Variable das Zweitstimmenergebnis der AfD im Wahlkreis  $i$  im September 2017 in Prozent. Folgende acht unabhängige Variablen wurden herangezogen: (1) der Bevölkerungsanteil von Menschen im Alter von 60 Jahren und darüber in Prozent, (2) der Anteil der Bevölkerung mit nichtdeutschem Pass in Prozent, (3) das durchschnittliche verfügbare Jahreseinkommen der privaten Haushalte in Euro, (4) die Anzahl der Handwerksunternehmen je 1000 Einwohner, (5) die Arbeitslosenquote in Prozent, (6) der Anteil der Absolventinnen und Absolventen, die 2015 mit (Fach-)Hochschulreife von der Schule abgingen, (7) der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe in Prozent sowie (8) eine Dummyvariable, die ost- und westdeutsche Wahlkreise unterscheidet (Ost = 1). Die hochgestellten Jahreszahlen weisen dabei jeweils das Beobachtungsjahr aus. Der Fehlerterm  $\epsilon$  erfasst dabei Messfehler sowie nicht berücksichtigte Einflüsse von Drittvariablen.

Für einige Wahlkreise in Großstädten liegen keine disaggregierten Daten vor (Kasten 1). Des Weiteren wurden einige Wahlkreise ausgeschlossen, da Informationen über den Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe fehlen.<sup>1</sup> Der Datensatz für die Analyse umfasst somit 257 von 299 Wahlkreisen.

Die Tabelle zeigt deskriptive Statistiken für die hier verwendeten Variablen. Dabei wurden ungewichtete Durchschnitte verwendet, d. h. Unterschiede in der Bevölkerungszahl wurden dabei nicht berücksichtigt – jeder Wahlkreis zählt als gleichwertige Beobachtung. Dieses Vorgehen erklärt die Abweichungen von den amtlichen Statistiken.

<sup>1</sup> Friesland – Wilhelmshaven – Wittmund, Helmstedt – Wolfsburg, Bremen I – Bremen II – Bremerhaven, Erfurt – Weimar – Weimarer Land II, Suhl – Schmalkalden-Meiningen – Hildburghausen – Sonneberg.

## Standardisierung der Variablen

Um eine einheitliche Interpretation der Variablen zu ermöglichen, wurden die stetigen Variablen gemäß folgendem Schema ‚standardisiert‘:  $\hat{x}_i = \frac{x_i - \bar{x}}{\sigma_x}$ . Der transformierte Wert dem  $\hat{x}_i$  entspricht dabei dem Ursprungswert  $x_i$  abzüglich des arithmetischen Mittels der Variable über alle Wahlkreise hinweg, dividiert durch die Standardabweichung der Variable im Datensatz ( $\sigma_x$ ). Die abhängige Variable in den Regressionen (Zweitstimmenergebnis der jeweiligen Partei in Prozent) sowie die Dummyvariable wurden nicht transformiert. Der Wert und die Interpretation der geschätzten Koeffizienten verändern sich durch die Transformation, nicht aber die Konfidenzintervalle.

## Verwendung der Fehlerterme

Die obenstehende Regressionsformel bezieht gezielt nur Strukturvariablen ein. Um der Frage nachzugehen, inwieweit AfD-Wahlergebnisse im Jahr 2017 mit früheren Wählerpräferenzen am rechten Rand korrelieren, wurde in einer zweiten – bivariaten – Regression folgender Zusammenhang abgebildet:

$$\epsilon_i = \beta_0 + \beta_1 NPDErgebnis_i^{2013} + \epsilon_i^{2nd-Step}$$

Dabei wird der Fehlerterm  $\epsilon_i$  aus der ersten Regression für den jeweiligen Wahlkreis  $i$  als abhängige – d. h. zu erklärende – Variable herangezogen. Als einzige unabhängige Variable dient das Zweitstimmenergebnis der NPD in der Bundestagswahl 2013 im Wahlkreis  $i$ .  $\epsilon_i^{2nd-Step}$  drückt wiederum den Schätzfehler aus.

## Tabelle

## Deskriptive Statistiken zum Datensatz

|                                        | N   | Arithm. Mittel | Standardabweichung | Minimum | Maximum | Einheit                  |
|----------------------------------------|-----|----------------|--------------------|---------|---------|--------------------------|
| Zweitstimmenergebnis der AfD           | 263 | 13,1           | 5,6                | 4,9     | 35,5    | Prozent                  |
| Ausländeranteil                        | 263 | 9,3            | 4,7                | 1,2     | 28      | Prozent                  |
| Verfügbare Haushaltseinkommen          | 263 | 2,3            | 2 287              | 16 135  | 29 954  | Euro                     |
| Absolventenquote (Fach-)Hochschulreife | 263 | 33,4           | 6,9                | 19,7    | 55,1    | Prozent                  |
| Handwerkerdichte                       | 263 | 7,6            | 1,7                | 3,8     | 13,6    | Anzahl je 1000 Einwohner |
| Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe | 257 | 31,6           | 9,1                | 8,1     | 57,7    | Prozent                  |
| Arbeitslosenquote                      | 263 | 5,8            | 2,3                | 2       | 14,1    | Prozent                  |
| Anteil älterer Menschen                | 263 | 28             | 3,1                | 20,6    | 36,7    | Prozent                  |

Quellen: Bundeswahlleiter; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

## Fazit: Politik muss Strukturschwäche insbesondere im Osten stärker in den Blick nehmen

Dieser Wochenbericht untersucht Korrelationen zwischen den Ausprägungen verschiedener ökonomischer und soziodemografischer Strukturvariablen und den Zweitstimmenergebnissen der AfD in den Wahlkreisen. Zunächst zeigt sich, dass monokausale Erklärungsversuche zu kurz grei-

fen. Hohe AfD-Ergebnisse gehen weder mit Arbeitslosigkeit noch ausschließlich mit niedrigen Einkommen einher, auch mit dem Ausländeranteil in den entsprechenden Wahlkreisen gibt es keine einschlägige Korrelation. Es zeichnet sich stattdessen ein differenzierteres Bild ab, bei dem zwischen west- und ostdeutschen Wahlkreisen unterschieden werden muss. So steigt der Zuspruch für die AfD, wenn in den Wahlkreisen überdurchschnittlich viele Menschen im verarbeitenden Gewerbe arbeiten. Die Stimmenanteile

der AfD nehmen zudem in Wahlkreisen zu, in denen das Haushaltseinkommen unterhalb des Bundesdurchschnitts liegt. Vor allem letzteres erklärt in westdeutschen Wahlkreisen, die sich durch erhebliche Schwankungsbreiten bei den durchschnittlichen Einkommen auszeichnen, die Variation des AfD-Ergebnisses. Im Westen reüssiert die AfD in Wahlkreisen, in denen Menschen im Durchschnitt entweder relativ wenig verdienen oder einer Tätigkeit in der Industrie nachgehen.

Die Zustimmung zur AfD ist darüber hinaus in weniger verdichteten Räumen sehr ausgeprägt, in denen eine höhere Dichte von Handwerksunternehmen herrscht oder in denen sich ein ungünstiger demografischer Wandel abzeichnet, also viele ältere und wenig jüngere Menschen leben.<sup>20</sup> Beide Strukturmerkmale sind typisch für viele ostdeutsche Wahlkreise. Sie sind eine Begleiterscheinung der grundlegenden wirtschaftlichen Probleme in diesen Wahlkreisen und erlauben somit gewisse Rückschlüsse auf den auffallend hohen Zuspruch für die AfD im Osten Deutschlands. Zwar können individuelle Wahlentscheidungen nicht nachvollzogen werden, aber es spricht vieles dafür, dass in dünner besiedelten

Regionen mit überalterter Gesellschaft auch aufgrund einer empfundenen Perspektivlosigkeit im Hinblick auf die weitere Entwicklung dieser Regionen der Zuspruch der Wählerinnen und Wähler für etablierte Parteien schwindet.

Diese Ergebnisse deuten auf Handlungsbedarf für die Wirtschafts- und Sozialpolitik hin. Die soziale Teilhabe muss verbessert und mehr Gewicht auf die Entwicklung strukturell schwacher Regionen gelegt werden. Derzeit lassen sich bei der öffentlichen Grundversorgung (etwa mit Schulen und Krankenhäusern) auf lokaler Ebene Tendenzen beobachten, die bestehende wirtschaftliche Gefälle zu verstärken drohen.<sup>21</sup> Setzt die Politik diese Strategie fort, nimmt sie die Zunahme regionaler Disparitäten und damit wohl auch die Verstärkung politischer Polarisierung billigend in Kauf. Um dieser Entwicklung in den weniger verdichteten Räumen der ostdeutschen Wahlkreise entgegen zu wirken, ist die Politik in Bund, Ländern und Kommunen gut beraten, in strukturschwachen Regionen öffentliche Investitionen zur Absicherung dieser Grundversorgung zu stärken, diese Infrastruktur also eher aus- statt abzubauen und über gezielte Anreize für private Investitionen in diesen Regionen nachzudenken. Auch eine Entschuldung überschuldeter Kommunen bekommt vor diesem Hintergrund neues Gewicht.

<sup>20</sup> Dabei gilt es herauszustreichen, dass die AfD nach der repräsentativen Wahlstatistik bei den 35- bis 59-Jährigen besser, bei den Menschen über 70 dagegen unterdurchschnittlich abschneidet. Es sind also nicht unbedingt die Älteren selbst in diesen weniger verdichteten Räumen sondern die dort lebenden jüngeren Menschen, die dann besonders häufig AfD zu wählen scheinen.

<sup>21</sup> Felix Arnold et al. (2015), a. a. O.

**Christian Franz** ist Referent des Vorstands am DIW Berlin / cf Franz@diw.de  
**Marcel Fratzscher** ist Präsident des DIW Berlin / mfratzscher@diw.de

**Alexander S. Kritikos** ist Forschungsdirektor im Vorstandsbereich am DIW Berlin und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Potsdam / akritikos@diw.de

JEL: D72, Z13

**Keywords:** German political parties, Federal elections 2017, Structural data

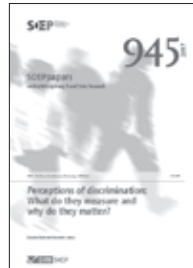
This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 7+8/2018:

[www.diw.de/diw\\_weekly](http://www.diw.de/diw_weekly)



SOEP Papers Nr. 945

2018 | Claudia Diehl, Elisabeth Liebau



## Perceptions of Discrimination: What Do They Measure and Why Do They Matter?

This study addresses the difficulty in linking ethnic discrimination and integration outcomes of immigrants in empirical research. Many of the existing studies look at the relationship between perceived discrimination and integration, but most are based on cross-sectional data. We argue that perceived discrimination should not be taken as an accurate indicator of actual experiences of discrimination, but rather as a partly subjective interpretation of often ambiguous situations. Reported perceptions may thus not only affect but also reflect integration outcomes. This analysis is one of the few that is based on

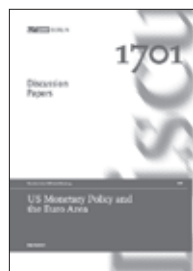
longitudinal survey data (from the German Socio-Economic Panel) and looks into both the determinants and the consequences of perceived discrimination. Results suggest that PD does in fact reflect both exposure to discrimination and attributional processes. Perceived discrimination is generally and substantially lower in more integrated individuals. More detailed analyses reveal that this link is correlational in nature and to some extent group specific. For groups facing salient ethnic boundaries, integration does not come along with less perceived discrimination. In line with previous studies, our results show further that minorities' structural integration into the labor market is unrelated to perceived discrimination but reflects, above all, individual resources, including language skills and social ties to majority members. There is some evidence that perceived discrimination reduces levels of identification with the receiving society.

[www.diw.de/publikationen/soeppapers](http://www.diw.de/publikationen/soeppapers)



Discussion Papers Nr. 1701

2018 | Max Hanisch



## US Monetary Policy and the Euro Area

This study investigates the international spillover effects of contractionary US monetary policy and its transmission channels on members of the euro area (EA) before and after the implementation of the euro. I find the multilateral spillover effects on individual EA economies' real activity and inflation to be asymmetric, i.e. the responses are mainly expansionary but not exclusively so. While the effects are diverse and rather large before 1999, responses become more homogeneous and smaller in size after the implementation of the euro. However, country-specific asymmetries remain. Trade and interest rates but also credit, stock and housing markets are identified as important transmission channels.

[www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere](http://www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere)





Prof. Dr. C. Katharina Spieß,  
Leiterin der Abteilung Bildung  
und Familie am DIW Berlin



Dr. Frauke Peter, wissen-  
schaftliche Mitarbeiterin der  
Abteilung Bildung und Familie  
am DIW Berlin

C. KATHARINA SPIESS UND FRAUKE PETER

## Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder: Bitte nicht noch ein Flickenteppich

Der Beitrag gibt die Meinung der Autorinnen wieder.

So schwer sich die angehenden Koalitionäre aus CDU, CSU und SPD teilweise taten – es gab auch Themen, bei denen die Verhandlungsteams schnell eine Einigung erzielen konnten. Laut Koalitionsvertrag soll es bis 2025 einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter geben. Damit würde der bisherige Rechtsanspruch auf Betreuung vom zweiten Lebensjahr bis zur Einschulung weiter ausgeweitet werden. Doch ist das überhaupt realistisch? Und wer soll die Kosten tragen? Schließlich ist bisher noch nicht einmal der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab dem ersten Geburtstag vollständig umgesetzt. Vielerorts fehlen nach wie vor Betreuungsplätze, und die regionalen Unterschiede sind groß. Der Flickenteppich besteht aus Regionen, die qualitativ und quantitativ bereits gut mit Kita-Plätzen versorgt sind, während andernorts massiv Betreuungskapazitäten fehlen und vielfach auch die Qualität noch ausbaufähig ist.

Bereits 1996 wurde der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab dem vierten Lebensjahr eingeführt, 2013 wurde er dann nach unten ausgedehnt. Schon damals gab es größere Schwierigkeiten. Die Nachfrage war höher als das Platzangebot und es kam zu Kürzungen in anderen Bereichen. Auch wurde immer wieder bemängelt, dass aufgrund fehlender Mittel zunächst nur an die Quantität und nicht die Qualität gedacht wurde, nicht zuletzt wegen knapper öffentlicher Kassen. Einige Kommunen warnen deshalb davor, gleich den nächsten Rechtsanspruch einführen zu wollen.

Auf der Basis empirischer Forschungsergebnisse ist zu erwarten, dass mit einem Ausbau der ganztägigen Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter die Erwerbstätigkeit von Müttern zunehmen wird, und zwar um nicht unerhebliche elf Prozentpunkte. Hinzu kommt, dass das Erwerbsvolumen steigen dürfte, da Mütter mit ganztägig betreuten Grundschulkindern länger arbeiten können – im Durchschnitt tun sie dies um etwas mehr als zwei Stunden pro Woche, wie der bisherige Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder zeigt. Festhalten lässt sich darüber hinaus, dass insbesondere Kinder aus mittleren Einkommensgruppen diese Bildungs- und Betreuungsangebote

nutzen – auch dies belegen Forschungsarbeiten des DIW Berlin. Zudem sollte man nach möglichen Effekten einer Ganztagsbetreuung auf Kinder fragen. Studien dazu kommen allerdings zu unterschiedlichen Ergebnissen. Teilweise zeigen sich positive Wirkungen nur für bestimmte Gruppen, etwa für Jungen aus Haushalten mit niedrigem Bildungsstand.

Fest steht in jedem Fall, dass insbesondere der Bund und die Länder von ausgebauten Betreuungsangeboten profitieren würden. So ist beispielsweise die steigende Erwerbstätigkeit von Müttern mit höheren Einkommensteuer- und Sozialversicherungseinnahmen verbunden. Nun will sich der Bund – so der Koalitionsvertrag – an einigen Kosten für die schulische Infrastruktur beteiligen.

Wenn kein weiterer Flickenteppich entstehen soll, muss der Bund mehr Verantwortung übernehmen, vor allem bei der Finanzierung der Ganztagsbetreuungsplätze für Grundschulkinder – er muss sicherstellen, dass die Bundesmittel tatsächlich diesem Bereich zu Gute kommen. Dass es sich lohnen würde, steht zumindest dann außer Frage, wenn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Deutschland verbessert werden soll. Wenn darüber hinaus auch noch an die Schülerinnen und Schüler gedacht wird, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist, sollte von Anfang an neben der Quantität auch die Qualität der ganztägigen Bildungs- und Betreuungsangebote in Schulen oder Horten im Fokus stehen. Dann könnte der Rechtsanspruch zu einem Vorhaben der neuen Bundesregierung werden, das sowohl dem Erwerbspotential von heute als auch dem von morgen gerecht und ein Erfolgsprojekt wird.

Dieser Kommentar ist in einer ähnlichen Version im November 2017 in der Saarbrücker Zeitung erschienen.